Bezugspreis für Februar durch die Post bezogen 2.00 Mk. ausschl. Bestellgeld in der Stadt Münster 2.00 Mk.
Beilagen: „Am Weg der Zeit" (für das Gesellschaftsleben der Gegenwart) „Der Erzähler" „Der Frauen Welt und Heim" „Jugendland" „Der Wanderer" (für Reise, Bäder und Verkehr) „Stamm und Scholle" (aus Leben und Geschichte der Heimat) „Technik und Erfindung" „Der Münsterländer" für Feld Garten und Haus).
Sonder-Ausgaben: Steinfurter Anzeiger Warendorfer Anzeiger Westmünsterländer Anzeiger Borken-Bocholter Anzeiger nur für die Bezieher der jeweiligen Kreise wöchentlich.
Redaktion und Verlag Kaiserstraße 13 Ecke Hamburger Straße — Fernsprecher Nr 2448 2449 und 2450
Geschäftsstelle Münster, Prinzipalmarkt 13/14, Fernspr. 78.
Rheine, Emsstraße 34a, Fernspr. 670.
Berliner Redaktion, Paul Fr Hübner Berlin SW 48. Perl Kehdemannstraße 5 Fernsprecher Nollendorf 983.

Münsterischer Anzeiger

und Münsterische Volkszeitung

Preis 10 Pfg. im Einzelverkauf.
Anzeigen: Die 5 mm Höhe 25 mm breit kostet für Anzeigen von Auftraggebern außerhalb des Reg.-Bezirks Münster sowie für alle amtlichen, Finanz-, Immobil-, Markenartikel- u. Vergnügungs-Anzeigen 15 Pfg., für sonst. Anzeigen aus dem Reg.-Bez. Münster 11 Pfg., aus der Stadt Münster 8 Pfg. Familien-Anzeigen 8 Pfg., bei Barzahlung 7 Pfg., kleine Anzeigen des privaten Verkehrs aus Münster bei Barzahlung 6 Pfg.
Reklamen: Die mm 90 Pfg. (Spaltenbreite 90 mm). Für Erfüllung von Platzvorschriften sowie Aufnahme an bestimmten Tagen und in bestimmter Größe wird keine Gewähr sowie für Druck- und Schönheitsfehler keine Haftung übernommen Etwaiger Rabatt gilt als Kassenrabatt und kann verweigert werden wenn Zahlung nicht binnen 4 Wochen nach Erhalt der Rechnung erfolgt.
Beilagen: Gebührenberechnung nach Gewicht.
Postscheck-Konto Köln 42 114 Erfüllungsort Münster i. W.

Erstes Blatt — Sonntag, den 13. Februar 1927. — 76. Jahrgang. Nr. 151

Coolidges Appell.

In einer Botschaft an den Kongreß hat Präsident Coolidge bekanntgegeben, daß er durch die amerikanischen Botschafter in London, Paris, Rom und Tokio, den Regierungen eine Denkschrift habe überreichen lassen, in der eine weitere Abrüstung zur See angeregt wird. Coolidge hat die Regierungen gebeten, ihre Delegierten für die bevorstehende Zusammenkunft der vorbereitenden Kommission für die Abrüstungs-Konferenz in Genf zu ermächtigen, von sich selbst aus über eine Erg nzung des Washingtoner Abkommens vom Jahre 1922 Beschlüsse zu fassen. Coolidge hat damit einen alten Lieblingsgedanken wieder aufgenommen, denn noch heute kann er es nicht vergessen, daß die Abrüstungs-Konferenz in Washington nur einen halben Erfolg bedeutete. Es hat damals schon viele Monate gedauert, bis die Konferenz endlich zusammentreten konnte. England und besonders Frankreich, standen den Absichten des amerikanischen Präsidenten sehr wenig wohlwollend gegenüber und haben die Konferenz sehr lange Zeit erfolgreich sabotiert. Der französische Botschafter wußte es schließlich durchzusetzen, daß die Beratungen lediglich auf die Rüstungen zur See beschränkt blieben; Frankreich beschickte die Konferenz nur unter der Bedingung, daß über die Abrüstung zu Lande und in der Luft nicht verhandelt würde.

Vom Oktober 1921 bis zum Februar 1922 dauerten die recht schwierigen Verhandlungen. Mehr als einmal war die Konferenz auf das ernsteste gefährdet; oft waren die Abgeordneten schon zur Abfahrt bereit, und nur die geschickte Diplomatie des Präsidenten wußte diese Absichten zu verhindern oder doch wenigstens hinauszuschieben. Freilich hatte die Konferenz nicht den gewünschten Erfolg. Eine Einigung kam nur für Großkampf- und Flugzeugmutterschiffe zustande, für Kreuzer, sowie Unterseeund Torpedoboote, wurde eine Beschränkung nicht beschlossen. Die Verhandlungen waren insofern ein Triumph der Vereinigten Staaten, als sie spielend und ohne die geringste Anstrengung, die gleiche Berechtigung wie England erhielten; das langjährige Ziel Amerikas, dieselbe Flottenstärke, wie England, zu besitzen, war erreicht. Außerdem wurde die japanische Flotte, mit der die amerikanische über kurz oder lang im Stillen Ozean zusammenstoßen muß, bedeutend herabgedrückt; denn die Verhältniszahlen zwischen Amerika, England und Japan betrugen 5 : 5 : 3. Frankreich und Italien wurden als Seemächte zweiten Grades behandelt, und beide in das Verhältnis 1,75 gesetzt. Naturgemäß benutzten alle Seemächte die ihnen gelassenen Freiheiten, und haben in den letzten Jahren ihre Kreuzerflotte sowie die Zahl ihrer Untersee- und Tordedoboote wesentlich vermehrt. Diesem Wettrüsten will nun Präsident Cooldige durch seine neueste Note ein Ziel setzen. Er weist darauf hin, daß man auf dem in Genf beschrittenen Wege niemals zum Ziel kommen könnte.

Es liegt eine eigentümliche Ironie des Schicksals darin, daß Coolidge bei seiner neuerlichen entschiedenen Unterstützung der Leitidee des Völkerbundes die kühlste Ablehnung aus eben den Ländern erfährt, die es seinem Amtsvorgänger Wilson seinerzeit am tiefsten verübelten, daß er die Vereinigten Staaten vom Völkerbunde fernhielt. Coolidges Abrüstungsappell kann so zu einem neuen wichtigen Prüfstein der Ehrlichkeit des Abrüstungswillens werden, und es scheint, als wolle diese Prüfung weder für London noch für Paris sonderlich günstig ausfallen. Man wird sich ja allerdings zunächst einmal darüber klar werden müssen, wie weit Coolidges Vorschläge in die definitive Statuierung des Verhältnisses 5 : 5 : 3 für den Flottenbestand der U. S. A. Englands und Japans gipfeln, nur den Verzicht auf Dinge darstellen, deren die moderne Kriegsrüstung überhaupt nicht mehr bedarf. In noch weiterer Ferne liegt die Entscheidung darüber, ob Cooldiges Appell, der in Amerika teilweise begeisterte Zustimmung gefunden hat, nicht vielleicht in erster Linie als eine taktische Propagandaaktion zum Stimmen- und Stimmungsfang für die etwa beabsichtigte dritte Kandidatur Cooldiges für die Präsidentschaft (1928) ist. Dagegen allerdings spricht die Erwägung, daß in diesem Falle Coolidge durch seine Aktion voraussichtlich nicht viel mehr Demokraten für sich gewinnen, als er republikanische Freunde verlieren würde. Coolidge will mit seinen Plänen, wie er ausdrücklich betont, nicht im Geringsten der Aufgabe der großen Völkerbunds-Abrüstungs-Konferenz vorgreifen, versichert vielmehr, daß die amerikanische Regierung von der Verwirklichung einer solchen Konferenz auf einer möglichst allgemein annehmbaren Grundlage hoch befriedigt sein würde, glaubt aber, „daß sofortige und aufrichtige Bemühungen unternommen werden sollten, um das Problem der Seerüstungen zu lösen, weil diese Lösung viel dazu beitragen könnte, die Bemühungen um eine allgemeinere Einschränkung der Rüstungen erfolgreich zu gestalten." Dafür, daß auch diese Versicherungen ehrlich gemeint sind, spricht die Tatsache, daß Cooldiges Kongreßbotschaft ihrer Formulierung nach ja auch den Plan einer besonderen Seeabrüstungs-Konferenz in Washington, den Coolidge in seiner letzten Kongreßbotschaft vom vorigen Jahre entwickelte zurückstellt. Trotzdem glauben französische Zeitungen, davor warnen zu sollen, daß von Amerika die Abrüstungspläne des Völkerbundes „torpediert werden." Die englischen konservativen Blätter wiederum berufen sich auf Frankreich, das keine Neigung zeige, über die U-Boot-Frage zu verhandeln, meinen auch, daß der ganze Kampler sich leichter behandeln ließe, wenn die USA dem Völkerbunde angehörten. Wer nun wen torpediert, ist angesichts der vorläufigen Situation ziemlich gleichgültig. Bezeichnend dafür, wieviel noch zu tun bleibt, ist dagegen die Tatsache, daß ernsthafte Abrüstungs-Bemühungen überhaupt Gefahr laufen können, als „Torpedierungsversuche" der Abrüstungsidee verdächtigt zu werden.

England stimmt dem amerikanischen Abrüstungsvorschlag zu.

‡ **London**, 12 Febr. Wie der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph" berichtet, wird in Londoner amtlichen Kreisen erklärt, daß die Erwägung der Abrüstungsvorschläge Coolidges durch das Kabinett und die Sachverständigen-Kommissionen notwendigerweise einige Zeit erfordere, die sofortige Absendung einer endgültigen Antwort also nicht zu erwarten sei. Gleichzeitig werde betont, daß England im Prinzip mit den Vorschlägen Coolidges übereinstimme. Amerika und Großbritannien hätten sich bei den Arbeiten der Genfer Kommissionen und Unterkommissionen, stets in fast jeder Frage unterstützt, ganz besonders in den beiden Hauptprinzipien, die auch den gegenwärtigen Vorschlägen Coolidges zugrunde lägen: Trennung der Flottenabrüstungsfrage von der Land- und Luftabrüstung und Herabsetzung der Marinestreitkräfte für jede einzelne Schiffsklasse individuell und nicht nach der Gesamttonnage.

Französische Beunruhigung.

tu **Paris**, 12. Febr. (Tel.) Der ständige französische Völkerbunds-Delegierte, Paul Boncour, der auch an den Arbeiten der Abrüstungs-Kommission teilnimmt, äußerte sich dem Vertreter des „Petit Parisien" über den Abrüstungs-Vorschlag Coolidges dahin, daß er dessen Standpunkt nicht teilen könne. Dank der Bemühungen Frankreichs habe die These der Zusammengehörigkeit der Land-, Wasser- und Luftabrüstung, über die amerikanische Opposition gesiegt. Da ein amerikanischer Vertreter an den Genfer Kommissionsarbeiten teilnahm, wäre es Amerika ein Leichtes gewesen, den Mächten jeden ihm zusagenden Abrüstungsplan zu unterbreiten.

Auch Pertinax spricht sich im „Echo de Paris" über das Abrüstungs-Memorandum aus. Je mehr man es prüfe, desto eher gelange man zu der Erkenntnis, daß es die Nebeninteressen Frankreichs unmittelbar bedrohe. Die Prüfung der Vorschläge zeige, daß Frankreich Gefahr laufe, heute ebenso isoliert zu werden, wie es vor Jahren auch auf der Seekonferenz isoliert worden sei.

Das amerikanische Flottenmemorandum vor dem französischen Ministerrat.

tu **Paris**, 12. Febr. (Tel.) Der heutige Ministerrat, der im Elysée unter dem Vorsitz des Präsidenten Doumergue zusammentrat, beschäftigte sich mit der Prüfung des amerikanischen Memorandums zur Flotten-Abrüstungsfrage. Außenminister Briand erstattete einen längeren Bericht. Er wird die Antwort an den Präsidenten Coolidge vorbereiten und dem Ministerrat am nächsten Dienstag zur Kenntis bringen.

Eine deutsche Note an Polen.

Zunächst Klärung der Niederlassungsfrage.

b **Berlin**, 12. Febr. (Tel.)

Die deutsche Note, die heute durch den deutschen Gesandten in Warschau, der polnischen Regierung übergeben werden soll, wird, wie die Blätter von unterrichteter Seite erfahren, vermutlich dahin gehen, daß Deutschland zunächst auf die in Warschau geführten Verhandlungen über die letzten Ausweisungen deutscher Staatsangehöriger eingehen wird.

Die Reichsregierung wird in der Note die Handelsvertrags-Verhandlungen nicht abbrechen. Sie wird vielmehr darauf hinwirken, daß die Niederlassungsfrage mit besonderer Rücksicht auf die polnische Ausweisungspraxis einer besonderen Beratung unterzogen wird. Von polnischer Seite ist es so dargestellt worden, als handele es sich bei den Ausweisungen der vier leitenden deutschen Beamten der Oberschlesischen Kleinbahn-Aktiengesellschaft, um den gewöhnlichen Ablauf von Aufenthalts-Bewilligungen. Demgegenüber steht die Tatsache, daß der eine der Beamten fünf Jahre lang in Polen ansässig war, zwei der Beamten vier Jahre und der vierte Beamte drei Jahre lang. Daraus geht deutlich hervor, daß es sich hier um einen typischen Fall handelt, der in den Komplex der Niederlassungs-Verhandlungen im Rahmen eines Handelsvertrages gehört.

Der Konflikt.

(Von unserem ostoberschlesischen Mitarbeiter.)

b **Königshütte**, 11. Februar 1927.

Der jetzt fast zwei Jahre andauernde Zollkrieg zwischen Polen und Deutschland steht vor einer erneuten Verschärfung und auf alle Fälle muß man schon heute damit rechnen, daß wir auch noch in das dritte Jahr dieses merkwürdigen Wirtschaftskrieges hineinkommen werden. Während des ganzen bisherigen Verlaufes des Zollkrieges stand das von Deutschland abgetrennte Oberschlesien im Mittelpunkte des Kampfes. Das zeigten noch in den letzten Wochen die vielfachen Reisen des oberschlesischen Wojewoden nach Warschau und der weitere Umstand, daß in kurzen Zeitabständen immer wieder Warschauer Minister ihre plötzliche Anwesenheit in Oberschlesien für dringend notwendig hielten. Kaum haben einige Minister Kattowitz verlassen, da kündigen andere Minister für die nächsten Tage ihren Besuch an. Diesmal soll außer zwei anderen Ministern auch der Außenminister Zaleski nach Oberschlesien kommen, der sich für die Genfer Aussprache über das deutsch-polnische Verhältnis im allgemeinen und über die Lage des Deutschtums im besonderen rüsten will. Diese ministeriellen Massenreisen nach Oberschlesien zeigen zugleich auch die nervöse in Warschau herrschende Stimmung, die in einer übergroßen Sorge um Oberschlesiens Schicksal dort Platz gegriffen hat. Auch die Reden der verschiedenen Minister über den Zollkrieg mit Deutschland wie überhaupt über das Verhältnis gegenüber dem westlichen Nachbarn jagen einander. Aber wie der Außenminister Zaleski durch seine bösen Januar-Reden die außenpolitische Lage Polens nicht verbessert hat, so wird auch der Handelsminister Kwiatkowski durch seine sich überstürzenden Reden nicht die wirtschaftliche Lage Polens heben. Die grundlos erhitzte Stimmung in Warschau mag auch schon daraus hervorgehen, daß gestern alle drei deutschen Zeitungen beschlagnahmt wurden. Weshalb? Als Ursache wurde amtlich angegeben die durch ein deutsches Telegrafenunternehmen auch nach hier übermittelte Nachricht aus Berlin, die lediglich eine halbamtliche Äußerung der maßgebenden deutschen Stellen über die jetzige Krisis in den deutsch-polnischen Verhandlungen enthielt. Eine dieser beschlagnahmten deutschen Zeitungen sagte heute dazu: „Es fehlt uns jedes Verständnis dafür, warum eine Zeitung wegen Wiedergabe einer halbamtlichen Stellungnahme des Auslandes, die doch deutlich als solche gekennzeichnet war, also nicht als Meinungsäußerung der Zeitung gelten konnte, beschlagnahmt wird. Wir sehen eine außerordentliche Erschwerung der deutschen Presse in einem solchen ungewöhnlichen Vorgehen."

Das gesamte Deutschtum Polens würde es einfach nicht verstanden haben, wenn die Berliner Regierung gegenüber den fortgesetzten und sich mehrenden Ausweisungen von Deutschen gleichgültig geblieben wäre. Man hätte das Empfinden gehabt, als wäre das Deutschtum in Polen von der Heimat restlos verlassen. Die jüngste, in den letzten Tagen erfolgte Ausweisung von vier Direktoren mußte dem Faß den Boden ausschlagen, umsomehr als die Polen gar keinen Zweifel darüber lassen, daß es ihnen lediglich daran liegt, die frei werdenden Stellen mit namhaften Polen zu besetzen, wie ja schon eine Reihe von ehemaligen Ministern und stellungslosen hohen Regierungsbeamten, die bisher eine besondere Qualifikation nicht nachweisen konnten, hier untergebracht werden mußten. Sonstige Gründe für die Ausweisungen hat man nicht anzuführen vermocht. Man kann auch nicht sagen, daß diese Ausweisungen eine eigenmächtige Haltung des zuständigen Wojewoden darstellen, seine Handlungsweise ist vielmehr ausdrücklich von der Warschauer Regierung gebilligt worden. Wie hier gearbeitet wird, mag eine Auslassung eines deutschen Abgeordneten im Warschauer Sejm vor wenigen Tagen zeigen: „Bei der Wojewodschaft in Kattowitz befindet sich eine Abteilung für Industrie und Handel, die überflüssig ist, da die oberschlesischen Industriellen ihre Angelegenheiten persönlich in Warschau erledigen. Infolgedessen widmet sich der Chef dieser Abteilung der Polonisierung der oberschlesischen Industrie. Das geschieht in der Weise, daß man einige Gesellschaften auffordert, polnische Arbeiter aufzunehmen, ganz gleichgültig, ob die Arbeiter gebraucht werden oder nicht. Wird die Forderung abgelehnt, so wird gegen die betreffenden Leiter der industriellen Gesellschaften in der verschiedensten Weise gehetzt. Delegationen denunzieren die Direktoren bei dem Wojewoden, worauf die Werke mit der Einziehung der rückständigen Vermögenssteuer, mit der Ausweisung ihrer Direktoren bedroht werden." Weiß sich der betreffende industrielle Beamte dann immer noch durchzusetzen, dann erfolgt tatsächlich die Ausweisung. Ein auf solcher Basis beruhendes Niederlassungsrecht im Handelsvertrage muß praktisch vollkommen wertlos sein. Es ist überflüssig, einen Handelsvertrag mit einem derartigen Niederlassungsrecht überhaupt erst abzuschließen.

Die Haltung der polnischen Presse in den letzten Tagen wurde geleitet von rein chauvinistischen Gründen. Allgemein stellt man die Lage so dar, als ob die neue deutsche Regierung jetzt den ersten Schlag gegen Polen führen wolle, um eine Offensive einzuleiten, die auf eine Revision der deutschen Ostgrenzen hinausläuft. Obwohl die „Katt. Ztg." unter der denkbar schärfsten Zensur steht, sagt das Blatt doch am Schlusse einer Betrachtung über die jetzt eingetretene Verschärfung der Lage: „Trotzdem wir uns keineswegs als Sachwalter des deutschen Reiches fühlen, müssen wir doch aus objektiven Gründen zugeben, daß die deutsche Auffassung nicht ganz der Berechtigung entbehrt." Andere polnische Blätter verbreiten den Unsinn, daß Deutschland durch sein Vorgehen die schwebenden polnischen Anleiheverhandlungen in Amerika zu stören beabsichtige.

Das Verhältnis zwischen Polen und Deutschland wird sich auch in den nächsten Wochen bis zu der im März erfolgenden Tagung des Völkerbundsrates, der sich mit der Unterdrückung des deutschen Schulwesens in Polen zu beschäftigen hat, noch weiter verschärfen. Die Massenausweisung von Deutschen, die Unterdrückung des Schulwesens der deutschen Minderheit, die Nichtbeachtung der Entscheidungen des Völkerbundsvertreters in allen Schulstreitigkeiten, die dem Haager Schiedsgericht zum Trotz nicht erfolgte Rückgabe des Stickstoffwerkes von Chorzow und viele andere Streitfragen, die eine Regelung bisher noch nicht erfahren konnten, haben eine Atmosphäre geschaffen, die einem friedlichen nachbarlichen Verhältnis stärker denn je störend im Wege steht.

Der Rechtsstreit um Chorzow.

tu **Berlin**, 11. Febr. Zu der Klage der Reichsregierung gegen Polen vor dem Haager Schiedsgericht in der Angelegenheit der Stickstoffwerke Chorzow wird halbamtlich mitgeteilt: Trotzdem die Reichsregierung den Wünschen der polnischen Regierung in den Verhandlungen, die nach der Weihnachtspause wieder aufgenommen waren, und bis zum 14. Januar gedauert hatten, soweit entgegengekommen ist, als es ihr nach Lage der Sache möglich erscheinen durfte, ist es nicht gelungen, zu einer Einigung zu kommen, weil in der Frage der Zahlungsmodalitäten sich die polnische Regierung vollkommen ablehnend verhielt. Die deutsche Regierung glaubte schon aus praktischen Gründen eine geringere, aber gesicherte und in kürzeren Zeiträumen zu zahlende Entschädigungssumme einer größeren ohne Sicherheit vorziehen zu müssen. Die polnische Regierung hat aber lediglich für die Verletzung der Patente der Bayrischen Stickstoffwerke eine unzureichende Entschädigung angeboten, gegenüber den Ansprüchen der Oberschlesischen Stickstoffwerke jedoch mit Forderungen gegen das Reich aufgerechnet, ein Standpunkt, der schon deswegen unhaltbar ist, weil die anerkannten polnischen Forderungen gegen Deutschland bekanntlich aus den Dawesannuitäten zu zahlen sind. Wenn man außerdem bedenkt, daß bei zulässigen Liquidationen der Wert des enteigneten Gegenstandes unmittelbar den geschädigten Privatpersonen auszuzahlen ist, so muß dieser Gesichtspunkt umsomehr bei Enteignungen maßgebend sein, die die polnische Regierung unter Verstoß gegen die Liquidationsbestimmungen vorgenommen hat. Es kommt hinzu, daß die polnische Regierung die in dem Werke verkörperten Werte, die sie entschädigungslos im Jahre 1922 sich angeeignet hat, seit dieser Zeit wirtschaftlich und finanziell nutzt und daß daher von ihr verlangt werden kann, diese Werte endlich in sach- und sinngemäßer Weise zu bezahlen. Da die polnische Regierung sich aber gerade hinsichtlich der Zahlungsweise vollkommen ablehnend verhielt, konnte ihr ein neuer Prozeß vor dem Haager Gerichtshof nicht erspart bleiben.

Minister Bartels über Polens Außenpolitik.

tu **Warschau**, 11. Febr. In der heutigen Sejm-Sitzung, in der die Budgetdebatte zu Ende geführt wurde, ergriff Vizepremier Bartels das Wort zu einer ausführlichen Schilderung der gegenwärtigen Politik der polnischen Regierung. Der Minister wies zunächst die Vorwürfe zurück, daß die polnische Regierung antiparlamentarisch gesinnt sei und kam dann auf die Außenpolitik zu sprechen. Der Minister erklärte u. a., daß der Beschluß der Botschafterkonferenz in der Frage der Ostbefestigungen ein Kompromiß darstelle, bei dem die deutschen Forderungen weitgehend berücksichtigt worden seien. Das polnische Volk brauche sich jedoch keine besonderen Sorgen zu machen, da die Welt in der letzten Zeit sich davon habe überzeugen können, daß von der Sicherheit Polens der Weltfriede abhänge. Polen stehe auf dem Boden der abgeschlossenen Verträge, die ohne jede Einschränkung durchgeführt werden müßten. Die polnische Regierung werde jegliche Revision der bestehenden Verträge entschieden ablehnen. Der Vizepremier kam dann auf die Beziehungen zu Deutschland zu sprechen, wobei er u. a. erklärte, daß Polen eine reelle und wirksame Zusammenarbeit mit seinem Nachbarlande wünsche. Die polnische Regierung glaube nicht daran, daß die deutsche Regierung tatsächlich die Handelsvertragsverhandlungen abbrechen wolle. Sollte es jedoch dazu kommen, so würde die Schuld einzig und allein auf deutscher Seite liegen. Zu den Beziehungen zu Sowjetrußland übergehend betonte Bartels erneut, daß Polen keine aggressive Politik gegen Rußland treibe.

Zum Abschluß der Keudell-Debatte.

b **Berlin**, 12. Febr. (Tel.) Von den Blättern der Regierungsparteien wird auf die große Mehrheit hingewiesen, die gestern im Reichstag ihr Vertrauen für den Reichsminister des Innern, von Keudell, bekundet hat. Die „Kreuzzeitung" begrüßt die sympathische Art, in der Reichskanzler Dr. Marx seiner auf Grund sachlicher Prüfung gewonnenen Überzeugung Ausdruck gegeben habe, und verzeichnet die Tatsache, daß Reichsminister von Keudell versichert habe, daß er selbstverständlich zu seinem Eide stehe, und den ihm durch die Verfassung auferlegten Pflichten gewissenhaft nachkommen werde. Die „Deutsche Tageszeitung" unterstreicht, daß Dr. Wirth sich trotz der bündigen Erklärungen des Reichskanzlers und Parteiführers, auch gestern mit aller Schroffheit gegen die eigene Partei und Fraktion gestellt habe. In der „Berliner Börsenzeitung" heißt es: Mit der gestrigen Abstimmung ist eine Episode beendet, die in jeder Beziehung höchst unerfreulich war. Die „Tägliche Rundschau" bezeichnet es als das Ergebnis der gestrigen Abstimmungen im Reichstag, daß die Koalition innerlich gefestigter dastand, als zu Beginn ihrer Regierungstätigkeit. Die „Germania" schreibt: Die neue Regierung ist erst mit dieser Abstimmung vollständig geborgen. Eine peinliche Affäre ist damit zu Ende gegangen. Das Mißtrauen, das ohne Zweifel in weiten Kreisen wach gerufen worden ist, dürfte kaum durch die gestrige Abstimmung beseitigt worden sein. Wir möchten hoffen, daß es Herrn von Keudell gelingt, dieses Mißtrauen zu überwinden. Das „Berliner Tageblatt" beklagt es, daß wieder starke Lücken auf der Linken festzustellen waren, und fragt: Wann werden die Fraktionen die Stumigen zur Verantwortung ziehen? Das Blatt fährt dann fort: Die Reichsregierung hat jetzt ihr vollständiges und unbedingtes Vertrauensvotum. Daß sie gestern an Vertrauen gewonnen hat, wird aber gewiß keines ihrer Mitglieder behaupten können. Der „Vorwärts" sagt: Herr Marx hat für Herrn von Keudell eine Mehrheit erhalten. Er hat jedoch sich und seiner Partei eine schwere moralische Niederlage zugefügt.

Vor dem Abgang Beneschs?

(Von unserm Korrespondenten.)

b **Prag**, 10 Febr.

Vor einiger Zeit nahmen in der politischen Oeffentlichkeit die Nachrichten über einen binnen Kurzen zu erwartenden Rücktritt des tschechoslowakischen Außenministers Dr Benesch so konkrete Formen an, daß in Zusammenhang mit dieser Version auch schon der jüngst abgetretene Berliner Gesandte Dr. Krofta als Nachfolger Beneschs genannt wurde. Diese Vermutungen haben sich bisher in dieser Form wohl nicht bestätigt, aber es ist kein Zweifel, daß die Stellung des in der europäischen Politik eine hervorragende Rolle spielenden Außenministers trotz der Selbstverständlichkeit, mit welcher er nach seinem sogenannten Erholungsurlaub die Geschäfte des Prager Außenministeriums wieder übernommen hat, erschüttert ist, wenn auch der Zeitpunkt kaum vorauszubestimmen ist, an welchem er sein Amt niederlegen wird. In politisch informierten Kreisen neigt man der Ansicht zu, Benesch sei um einen möglichst ehrenvollen Abgang als Leiter des Prager Außenministeriums besorgt, aus welchem Grunde er sich entweder der von ihm geschaffenen Kleinen Entente oder der vatikanischen Frage insofern bedienen würde, als er mit dem Augenblick des kaum mehr zu verhindernden Zerfalles dieser Kleinen Entente zurücktreten, bezw. in der Frage der Regelung des Verhältnisses der Tschechoslowakei zum Vatikan eine solche Haltung einnehmen würde, daß er mit Rücksicht auf die eminente Erstarkung des katholischen Elementes in der Regierung zwar zur Resignation gezwungen werden könnte, zugleich aber die Möglichkeit hätte, die aktive Leitung seiner freiheitlich-sozialistischen Partei zu übernehmen. Es ist nicht daran zu zweifeln, daß die Partei ihn für den Fall seines Sturzes infolge der vatikanischen Frage als „Märtyrer des freiheitlichen Gedankens" an ihre Spitze stellen und unter seiner Führung den Kampf gegen die tschechischen, deutschen und slowakischen Katholiken in verschärfter Form weiterführen wird. Aus den an die Frage des Weiterverbleibens Beneschs in seiner bisherigen Funktion von der tschechischen Presse geknüpften Kommentierungen läßt sich unschwer herauslesen, daß sein Rücktritt kaum mehr allzulange auf sich warten lassen dürfte. Zudem macht Benesch selbst kein Hehl aus der Verdrossenheit, die sich seiner infolge der während seiner Tätigkeit gegen ihn geführten persönlichen Angriffe bemächtigt hat. Wird schließlich noch berücksichtigt, daß der Ministerpräsident Swehla in der Absicht, sich eine wesentliche Einflußnahme auf die tschechoslowakische Außenpolitik zu schaffen, den gegenwärtigen Berliner tschechischen Gesandten Dr. Chalkovsky an die Stelle Beneschs zu bringen bemüht ist, dann ist kaum eine besondere Kombinationsgabe notwendig, aus den Vorgängen hinter den Kulissen der Prager Politik die bevorstehende Kaltstellung Dr. Beneschs abzuleiten. Die längst erschütterte Autorität dieses Diplomaten hat übrigens seine Stellung gegenüber dem Auslande so sehr untergraben, daß er sich in seinen letzten außenpolitischen Aktionen stark behindert sah und es nicht zuletzt dieserwegen an der Energie fehlen ließ, die ihn bisher für seinen Staat manchen vom nationaltschechischen und sozialistischen Standpunkt aus gewiß beachtlichen Erfolg hat erzielen lassen.

Dr. Benesch zur Anschlußfrage.

tu **Prag**, 11. Febr. In der heutigen Sitzung des Außenausschusses des Prager Abgeordnetenhauses, ist es endlich dem deutschnationalen Abg. Kallina gelungen, Dr. Benesch, der bekanntlich auch Minister des neuen deutsch-tschechischen Kabinettes ist, zu einer klaren Stellungnahme in der Anschlußfrage zu veranlassen. Benesch versuchte, sich auf die Bestimmungen des Friedensvertrages zu berufen, und einer klaren Beantwortung auszuweichen, bis er endlich auf die präzise Frage des Abg. Kallina, ob er dafür oder dagegen sei, die Antwort gab, selbstverständlich gegen den Anschluß.

Die Besichtigungsreise des Städtebau-Gesetz-Ausschusses im Ruhrrevier.

kp **Bochum**, 12. Febr. Unter Führung des Wohlfahrts-Ministers Hirtsiefer und des Ausschußvorsitzenden Abg. Leinert setzte gestern der Städtebau-Gesetz-Ausschuß des preußischen Landtages seine Besichtigungsreise durch das Essener-, Gelsenkirchener- und Bochumer Gebiet, fort. Die Besichtigungsfahrt ging über Essen, Frintrop, Osterfeld, nach Bottrop. Auf dieser Fahrt wurde die Anhäufung von Industriestädten, Oberhausen, Sterkrade, Osterfeld, Bottrop, in einem planlosen Durcheinander von Industrie- und Wohnstädten ohne landwirtschaftliche Umgebung, ohne nennenswerte Waldbestände, wahrgenommen. Zahlreiche Bahnanlagen und große Verschiebe-Bahnhöfe, erhöhen den städtebaulichen Wirrwarr. Hinzu kommt noch, daß das Gebiet von zwei Provinzen, drei Regierungsbezirken, und fünf Städten verwaltet wird. Gegen ½3 Uhr traf der Ausschuß nach einer Fahrt durch die Stadt Bochum, im Parkhause ein, wo das Mittagessen eingenommen wurde. Hier begrüßte Oberbürgermeister Dr. Ruer namens der Stadtverwaltung den Ausschuß und die Minister, worauf der Vorsitzende des Ausschusses, Abg. Leinert, antwortete. Später führte die Fahrt nach Essen zurück, wo am Abend im städtischen Saalbau, Stadtbaurat Schmidt einen Vortrag über die städtebauliche Entwicklung des durchfahrenden Gebietes hielt. Dem Vortrag schloß sich ein Abendessen auf Einladung der Stadt Essen an. Samstag früh ward die Besichtigungsreise in das Dortmunder und Hagener Gebiet, und in das Hintergelände fortgesetzt. Durch Befragen eines Abg. des Ausschusses über die Eindrücke, welche die Mitglieder des Ausschusses auf der bisherigen Fahrt erhalten haben, wurde hier erklärt, daß die Besichtigungsfahrt die Notwendigkeit der Erweiterung des Städtebaugesetzes ergeben habe. Der Wohlfahrtsminister Hirtsiefer sprach sich in einer Unterredung mit großer Befriedigung über das vom Ruhrsiedlungsverband bisher Geschaffene aus. Die Fahrt werde eine Unmenge Erfahrungen bringen, die bei Beratung des Städtebaugesetzes, wertvolle Verwendung finden werde.

Die Selbstmordstatistik der Reichswehr.

tu **Berlin**, 11. Febr. Nach amtlichen Mitteilungen hat sich die Zahl der Selbstmorde in der Reichswehr im letzten Berichtsjahre (1. Oktober 1925 bis 1. Oktober 1926), um 30 Prozent vermindert. 1925: 143 Selbstmorde, 1926: 100 Selbstmorde, das sind 0,87 vom Tausend. Die Selbstmordkurve sinkt seit 1925, und man gewinnt den Eindruck, daß mit der Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse auch die Neigung abnimmt, sich selbst nach dem Leben zu trachten. Unterstützt wird dieser Optimismus durch die Feststellung, daß auch bei den Körperschaften, die unter ähnlichen Verhältnissen stehen, wie die Reichswehr, und ebenso unter der Neigung ihrer Angehörigen, zum Selbstmord leiden, die gleiche Besserung zu beobachten ist. In der preußischen Polizei ging die Zahl von 0,92 für das Tausend im Jahre 1924 auf 0,76 im Jahre 1926 zurück, im österreichischen Heer von 33 Fällen im Jahre 1925 auf 20 Fälle im Jahre 1926. Da die Stärke des österreichischen Heeres noch nicht ein Siebentel der Stärke der Reichswehr beträgt (16 000 zu 115 000), ist die Selbstmordhäufigkeit dort verhältnismäßig größer, als in der Reichswehr, was sich aus den wirtschaftlich ungünstigeren Verhältnissen erklärt.

Das sozialistische Agrarprogramm.

In der Vorkriegszeit kümmerten sich die Sozialisten grundsätzlich nicht um den Bauern. Es war sogar nach sozialistischer Ansicht ein Gebot der Parteidisziplin, dahin zu wirken, daß der Bauernstand in seiner wirtschaftlichen Lage mehr und mehr gedrückt werde, weil eine Hebung des Bauernstandes die Stärkung des Privateigentums bedeute und weil nur in einer Verelendung des Bauernstandes die Möglichkeit gegeben sei, diesen für den Sozialismus empfänglich zu machen. Erst bei der Revolution und in der Nachkriegszeit haben Sozialisten entdeckt, daß es ohne die Bauern nicht geht; sie stellten sich deshalb um, und entdeckten plötzlich ihr warmes Herz für den Bauernstand. Auf dem Heidelberger Parteitag 1925 beschloß man, zum nächsten Parteitag ein sozialistisches Agrarprogramm vorzulegen, dessen Entwurf vor einigen Wochen der Öffentlichkeit übergeben wurde. Dieser Entwurf zeigt das Liebeswerben der Sozialisten um die Seele der Bauern, denen im sozialistischen Staat der Himmel auf Erden versprochen wird. Manches von dem, was früher unverrückbares Axiom war, ist heute umgestoßen. Während bis vor kurzem die offiziellen Sozialisten der Ansicht waren, daß es in der Landwirtschaft genau so sei wie in der Industrie, nämlich, daß der Großbetrieb anzustreben und die Masse der kleinen Betriebe abzuschaffen wären, weil diese zu wirtschaftlichen und sozialen Rückständigkeiten zählen, ist es heute umgekehrt. Es heißt, daß der Kleinbetrieb in der Landwirtschaft die beste Betriebsgröße sei. Es sollen daher alle landwirtschaftlichen Betriebe über 750 Hektar und alle forstwirtschaftlichen Betriebe über 100 Hektar zugunsten des Staates enteignet werden. Das gelte aber nur für den Osten, während vom Westen und Süden nichts gesagt wird; scheinbar will man dort die Höchstgrenze herabsetzen. Hier liegt auch in diesem sozialistischen Agrarprogramm des Pudels Kern, in welchem die wahre Tendenz zum Ausdruck kommt. Vor dem Kriege wollte man den ganzen landwirtschaftlichen Besitz, also auch den gesamten bäuerlichen Besitz, zum Staatseigentum erklären. Im Antrag Müller-Franken, kurz nach der Revolution, sollte dies nur bei Betrieben über 750 Hektar geschehen. Heute läßt man bereits die Möglichkeit offen, auch den kleineren Besitz zu enteignen. In Wirklichkeit wollen die Sozialisten nach wie vor den gesamten landwirtschaftlichen Besitz, den großen und den kleinen, enteignen, da sie ja nur mit wurzellosen und unzufriedenen Existenzen zu ihren Zielen kommen. Sobald das Agrarprogramm die Fragen der Enteignung und des Eigentums behandelt, zeigt sich sofort die alte Todfeindschaft auch des modernen Sozialismus gegen den bodenständigen Bauernstand. Das Eigentum, jahrhundertelang erkämpft, ist das kostbarste Gut des deutschen Bauern. Jeder Angriff auf das Eigentum, ob er nun von den kalten oder von den heißen Sozialisten kommt, bedeutet für ihn Kampfansage, die um seine Seele geht. Bei allen Gelegenheiten auch in neuerer Zeit haben die Sozialisten in der Praxis bewiesen, wie sie über den Bauernstand in Wahrheit denken; auch heute noch erhoffen sie nur von der Verelendung der bäuerlichen Massen die Verwirklichung ihrer Blütenträume. Als kürzlich im Landtag zu Mecklenburg über die Erbpachtablösung abgestimmt wurde, die auch den Mecklenburger Bauernstand frei und unabhängig auf eigener Scholle machen soll, haben die Sozialisten geschlossen dagegen gestimmt und haben durch diese Abstimmung wie durch nichts anderes klarer gezeigt, wohin die Reise mit dem sozialistischen Agrarprogramm für den Bauernstand gehen würde. Insbesondere sollen die deutschen Bauern sich hüten vor falschen Propheten, die sie in Organisationen führen wollen, die mit dem Sozialismus liebäugeln.

Die Bauern haben sich in den deutschen Bauernvereinen zusammengeschlossen, auf deren Panier in Ablehnung des Klassenkampfgedankens und bei steter Verständigungsbereitschaft für den gerechten Ausgleich der verschiedenen Interessen der Stände die Freiheit und die Unabhängigkeit des bäuerlichen Berufsstandes mit unauslöschbaren Lettern steht. Die Unantastbarkeit des Eigentums ist das Stichwort und die Kampflosung der Bauernvereine, mit denen sie in treuer Wacht schirmend vor den deutschen Bauernhöfen stehen und im Interesse von Volk und Staat nicht dulden werden, daß heute oder morgen kalte oder heiße Sozialisten die Grundlagen des deutschen Bauernstandes, das Privateigentum an Grund und Boden erschüttern. dbc.

Der Reichswirtschaftsrat.

Beschlüsse des Verfassungsausschusses.

ψ **Berlin, 12. Febr.** Der Verfassungsausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrates beendete gestern seine Beratungen über die Gesetzentwürfe betreffend den endgültigen Reichswirtschaftsrat. In fast allen wichtigen Fragen ist trotz der anfänglich vorhandenen Gegensätze eine Verständigung erzielt worden. Eine wichtige Rolle in den Verhandlungen spielte auch diesmal wieder die grundsätzliche Frage, ob die endgültige Gestaltung des Reichswirtschaftsrates unabhängig von der Frage des Unterbaues, also der Frage der Schaffung der Bezirks-Wirtschaftsräte und der Frage der Schaffung von Arbeitnehmer-Vertretungen in oder neben den bestehenden Handels-, Handwerks- und Landwirtschaftskammern gelöst werden kann. Man einigte sich in der zweiten Lesung gegen eine Stimme auf folgende Entschließung:

„Unter Hinweis auf die Vorarbeiten seines Verfassungsausschusses ersucht der Reichswirtschaftsrat die Reichsregierung, alsbald die Frage zu prüfen, auf welchem Wege die Lücken, die zurzeit noch in der Durchführung des Artikels 165 der Reichsverfassung bestehen, beseitigt werden können. Insbesondere wird vorgeschlagen, soweit nicht innerhalb der vorhandenen öffentlich-rechtlichen Berufsvertretungen das Zusammenwirken von Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Vertretungen sichergestellt wird, neben und in Verbindung mit ihnen öffentlich-rechtliche Organe vorzusehen, in denen Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Vertreter die gemeinsamen Fragen auf Grund gemeinsamer Beratung vom fachlich-regionalen Standpunkte behandeln. Der vorläufige Reichswirtschaftsrat erwartet, daß entsprechende Gesetzentwürfe dem endgültigen Reichswirtschaftsrat unverzüglich vorgelegt werden."

Im übrigen folgte der Ausschuß im großen und ganzen den Grundgedanken des auf den früheren Beschlüssen des Verfassungsausschusses aufgebauten Regierungsentwurfes. Insbesondere ist es dabei verblieben, daß der Reichswirtschaftsrat wie bisher oberstes Gutachter-Organ für die Reichsregierung und die gesetzgebenden Körperschaften bleiben und keine legislativen Rechte erhalten soll. Auch die Einrichtung der nicht ständigen Mitgliedschaft, die die Hinzuziehung der besten im Reiche vorhandenen Sachkenner ermöglichen soll, wurde ebenso wie Bestimmungen über das Enqueterecht des Reichswirtschaftsrats einmütig gutgeheißen. Die Zahl der Mitglieder soll nach den Beschlüssen des Verfassungsausschusses, der sich mit Recht die möglichste Beschränkung gegenüber den zahlreichen Wünschen der verschiedensten Interessenten auferlegte, 144 betragen. Es ist die Zahl, die sich schon, wenn auch in anderer Gliederung, bei den früheren Verhandlungen über den ersten Referentenentwurf ergeben hatte. Es entfallen davon je 48 auf jedes der drei Abteilungen.

In der Arbeitgeber-Abteilung sollen erhalten: die Landwirtschaft zwölf Vertreter, die Industrie zwölf Vertreter, das Handwerk sechs Vertreter, der Handel sieben Vertreter, die Banken und das Privatversicherungswesen fünf Vertreter, der Verkehr und die Fischerei sechs Vertreter. Die gleiche Gesamtzahl hat die Arbeitnehmer Abteilung. In der Abteilung 3 erscheinen die Kommunalvertreter mit zehn, die Vertreter der öffentlich-rechtlichen Versicherungs- und Kreditanstalten mit zusammen drei, die Vertreter der Konsumgenossenschaften und Hausfrauen mit zusammen fünf, die Vertreter des landwirtschaftlichen und gewerblichen Genossenschaftswesens mit zusammen vier, die Vertreter der Tagespresse mit zwei, die Vertreter der Beamtenschaft mit zwei, die Vertreter der freien Berufe mit drei. Vom Reichsrat waren neun Mitglieder und von der Reichsregierung ebenfalls neun Mitglieder, außerdem ein Vertreter des Auslandsdeutschtums vorgesehen.

Nachdem der Verfassungsausschuß nunmehr seine Arbeiten beendet hat, werden die Entwürfe voraussichtlich demnächst dem Reichsrat und sodann dem Reichstag zugehen.

Deutsches Reich.

Pontifikalamt in der St. Hedwigskirche.

w **Berlin, 12. Febr. (Tel.)** Aus Anlaß der Papstkrönung fand heute vormittag in der St. Hedwigskirche ein Pontifikalamt statt, dem u. a. Reichskanzler Dr. Marx, Reichsminister des Innern von Keudell, der preußische Wohlfahrtsminister Hirtsiefer und verschiedene Vertreter der Regierung, sowie das diplomatische Korps beiwohnten. Die Messe zelebrierte Nuntius Pacelli.

Parteivorstandssitzung der Demokraten und des Zentrums.

tu **Berlin, 12. Febr. (Tel.)** Im Reichstage trat heute nachmittag um 2 Uhr der demokratische Reichsparteivorstand zu einer Sitzung zusammen, um sich mit der politischen Lage und den Vorgängen der letzten Wochen zu beschäftigen.

Auch der Reichsparteivorstand des Zentrums hielt um 3 Uhr nachmittags eine Sitzung ab, zur Vorberatung der morgen stattfindenden Tagung des Reichspartei-Ausschusses.

Beamtenbeirat des Zentrums beim Finanzminister.

Berlin, 11. Febr. Der Reichsfinanzminister Dr. Köhler empfing am 11. Februar eine Abordnung des Reichsbeirates der Zentrumspartei, bestehend aus den Herren Allekotte, M. d. R., Baumhoff, M. d. L., und Lenz-Berlin. Die Unterredung erstreckte sich auf bedeutende Beamtenfragen, in denen der Reichsfinanzminister ein gewichtiges Wort mitzureden hat. Die vertrauensvolle Aussprache hinterließ bei der Abordnung den Eindruck, daß das Vertrauen, das die Beamtenschaft dem neuen Reichsminister entgegenbringt, vollauf berechtigt ist.

Die Gewerkschaften gegen die Vertrustung der deutschen Wirtschaft.

b **Berlin, 12. Febr. (Tel.)** Die Spitzenorganisationen der deutschen Gewerkschaften haben an Reichsregierung, Reichstag und Reichswirtschaftsrat, eine Eingabe gerichtet, in der sie gesetzgeberische Maßnahmen gegen die schädlichen Wirkungen der deutschen Wirtschaftsvertrustung fordern. Die Eingabe verlangt ferner, daß Arbeitnehmer an der Geschäftsleitung der Kartelle beteiligt werden. In Zukunft müsse die Trustentwicklung in der deutschen Wirtschaft von einem besonderen Kontrollamt, in dem Arbeitgeber und Arbeitnehmer paritätisch zusammenarbeiten sollen, beobachtet werden.

Haslinde kehrt in die preußische Verwaltung zurück.

‡ **Berlin, 11. Febr.** Wie der Reichsdienst der deutschen Presse hört, dürfte der bisherige Reichsernährungsminister Dr. Haslinde vermutlich wieder mit einem führenden Posten in der preußischen Verwaltung (Regierungspräsident oder Oberpräsident) betraut werden. Die Erwägungen hierüber sind allerdings noch nicht abgeschlossen, doch besteht größte Wahrscheinlichkeit, daß diese Erwägungen zu einem positiven Ergebnis führen, sodaß eine Uebernahme Dr. Haslindes in die Finanzverwaltung (Landesfinanzamt) kaum in Frage kommen dürfte.

Wiederernennung der ausgeschiedenen Verwaltungsmitglieder der Reichsbahn.

tu **Berlin, 12. Febr. (Tel.)** Wie die Telegraphen-Union erfährt, hat der internationale Treuhänder der Deutschen Reichsbahn, Delacroix, soeben die drei von ihm zu ernennenden, durch Los aus dem Verwaltungsrat ausgeschiedenen Mitglieder des Verwaltungsrates der Deutschen Reichsbahn, Staatssekretär a. D. Bergmann, Exzellenz von Miller und den Belgier Sadot, wieder zu Mitgliedern ernannt, so daß nunmehr der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahn, nachdem die Reichsregierung die ausgeschiedenen Mitglieder wieder ernannt hat, in seiner bisherigen Zusammensetzung vollzählig geworden ist. Die Wiederernennung der drei wieder bestätigten Mitglieder, hat ziemlich lange auf sich warten lassen, was sich wohl aus der Abwesenheit insbesondere des Reparationsagenten, Parker Gilbert, erklärt. Die Wiederernennung der bisherigen Mitglieder wurde allgemein in Deutschland erwartet.

Politische Zusammenstöße in Berlin.

b **Berlin, 12. Febr.** Zu schweren Ausschreitungen kam es gestern abend in einer Versammlung der Nationalsozialistischen Freiheitspartei. Diese Versammlung war stark besucht von Kommunisten, die in der Versammlung ihren Unwillen durch laute Zwischenrufe kundgaben. Es kam zu Streitigkeiten, die alsbald in eine wüste Schlägerei ausarteten. Man ging mit Biergläsern und Stöcken aufeinander los, wobei es zahlreiche Verletzte gab. Die Polizei mußte eingreifen und den Saal mit den Gummiknüppeln räumen. Zwei der Verletzten wurden nach dem Krankenhaus gebracht. Nachdem die Polizei die Ruhe wiederhergestellt hatte, wurde die Versammlung fortgesetzt.

Eine kommunistische Anfrage im preußischen Landtag.

tu **Berlin, 11. Febr. (Tel.)** Im preußischen Landtag ist folgende kommunistische Kleine Anfrage eingegangen:

Am Gründonnerstag 1920 zog sich die damalige Rote Armee, morgens um 7 Uhr, von der Haltern-Lippe-Front zurück, in der Richtung Bochum-Recklinghausen. In Recklinghausen selbst war alles ruhig. In dieser Zeit hat der Polizeibeamte Strazack einen gewissen Markuse verhaftet, der angeblich zur Roten Armee gehörte. Um diesen Verhafteten in Sicherheit zu bringen, wurde Markuse in den Kellerräumen der Gebr. Waltenbauer untergebracht. Bewacht wurde Markuse von den Polizeibeamten Strazack und Störbrock. Genannter Waltenbauer ist dann amselben Tage in den Keller gekommen und hat Strazack aufgefordert, sofort nach oben zu kommen. Als Strazack eben im Begriff war, nach oben zu gehen, hat Waltenbauer mit der Pistole des Polizeibeamten Ueding, ohne daß ein Grund vorlag, Markuse erschossen. Die Anweisung zu dieser Erschießung soll Oberbürgermeister Hamm aus Recklinghausen gegeben haben. Soweit bekannt, findet augenblicklich durch die Oberstaatsanwaltschaft in Bochum eine Untersuchung statt. Die Untersuchung wird so geführt, daß die Täter ganz offenbar die Möglichkeit haben, den Tatbestand zu verdunkeln. Wir fragen: Was gedenkt die Staatsregierung zu tun, um eine einwandfreie Untersuchung dieser schweren Anklage gegen Waltenbauer und Oberbürgermeister Hamm zu gewährleisten?

Arbeitsgemeinschaft des deutschen Hausbesitzes.

‡ **Berlin, 11. Febr. (Tel.)** Die großen Organisationen und Vereinigungen des deutschen Hausbesitzes haben sich in diesen Tagen zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen. Dieser gehören an der Zentralverband deutscher Haus- und Grundbesitzer-Vereine E. V., als die anerkannte Vertretung des deutschen Hausbesitzes, der deutsche Verband für Hausbesitzer-Genossenschaften (Revisionsverband), die deutsche Baubank für Hypothekenschutz A.-G., und der Hovad-Versicherungs-Konzern.

Aus aller Welt.

Die belgischen Sozialisten für eine neue Abstimmung in Eupen-Malmedy.

tu **Brüssel, 11. Febr. (Tel.)** Das Parteiorgan der belgischen Sozialisten, das „Peuple", erklärt heute in einem Leitartikel, daß die Sozialisten bei nächster Gelegenheit die Frage einer neuen Volksabstimmung in Eupen-Malmedy im Parlament wieder zur Sprache bringen werden.

Entschließung des Finanzausschusses des französischen Senates betr. den Dawesplan.

w **Paris, 11. Febr.** Der Finanzausschuß des Senates beriet heute über den Bericht seines Generalberichterstatters betr. die Durchführung des Dawesplanes. Auf Vorschlag von Caillaux wurde folgende Entschließung angenommen: Es ist notwendig, die Kontrolle des Parlamentes über die Durchführung der Sachlieferungen sicher zu stellen, ferner darüber zu wachen, daß durch die Einfuhr deutscher Waren der französischen Industrie keine unlautere Konkurrenz bereitet wird, und zu bestimmen, daß keine öffentlichen Dienststellen Sachlieferungen nutzbar machen dürfen, ohne daß diese regelrecht über Einnahme und Ausgabe des Budgets gehen.

Nachgeben Chinas in der Zollfrage.

b **Berlin, 12. Febr. (Tel.)** Nach einer Morgenblättermeldung aus Peking hat die dortige Regierung die Entlassung des Generalinspektors Aglen zurückgenommen und ihm einen Urlaub von einem Jahre bewilligt. Zu seinem Stellvertreter wurde Edwards ernannt, der seinen Dienst am Freitag angetreten hat. Die Regierung hat ferner ihren, dem Generalinspektor erteilten Befehl zur Einziehung der Zusatzzölle zurückgezogen.

Kirchliche Rundschau.

5 Jahre Papst.

Der Krönungstag des Papstes, den am 6. ds Mts. Rom und der Erdkreis gefeiert, legt einen Rückblick nahe auf das erste Lustrum eines Pontifikates, dessen große geschichtliche Bedeutung schon uns Miterlebenden nicht mehr verborgen bleibt. Auf den von Pius X., dem Reformer gelegten und von Benedikt XV., dem Politiker des Friedens, sorglich gehüteten Fundamenten erheben sich die Säulen und Pfeiler zum Aufbau einer kirchlichen Zeit von ausgeprägtem Eigencharakter. Christus, der König, tritt nachdrücklich in den Vordergrund. Hat noch ein Leo XIII. mehr Wert auf die Abgrenzung der Gewalt von Staat und Kirche und beider Selbständigkeit auf ihrem Eigengebiete betont, so verlangt der letzte Pius darüber hinaus vollständige Durchdringung alles öffentlichen und privaten Lebens mit dem Geist Jesu Christi. Der Staat selbst, dazu jeder Staatsbürger einzeln, ist Christo dienstpflichtig. Gesetzgebung, Rechtsprechung, Jugenderziehung verlangen Durchsäuerung mit den Grundsätzen Christi. Pius ist der größte Zertrümmerer des Laizismus. Er legt den Weg frei für die Erneuerung der Welt, die da geht über die Erneuerung des Einzelnen sowohl wie die gleichzeitige Neuverchristlichung des sozialen Gefüges.

Sein ganzes Handeln liegt in dieser Richtung, mag es nun die Ablehnung des Nationalismus in Frankreich und Italien, der Christenverfolgung in Mittelamerika — mag es nun die Aufrichtung und Festigung neuer Hierarchien in den Nachkriegsländern, mag es seine Sorge um den schismatischen Osten sein; oder mag sein Vertrauen auf Christus sich äußern in der Aufrichtung der eingeborenen Hierarchien Afrikas und Asiens, deren Zweckmäßigkeit sich in unseren Tagen schon zu bestätigen scheint. Zweifellos! Dieser Papst ist ein Pontifex von nicht gewöhnlichem Ausmaß. Und schwer zu entscheiden ist, was bei ihm überwiegt: sein Weitblick für die großen Gelegenheiten und Notwendigkeiten oder seine Entschlossenheit, sie nicht zerrinnen zu lassen. Wir haben das Empfinden, daß Gott mit ihm ist. Ad multos annos.

Belgien.

Auf der um die Monatswende gewesenen sozialen Tagung katholischer Industrieller sprach Erzbischof van Roey-Mecheln beherzigenswerte Worte: „. . . . Es gibt Klassen und verschieden gerichtete Interessen, die sich nie unterdrücken lassen. Darum widersprechen sie einander doch nicht und es kennt die Kirche keinen Klassenkampf; Ziel des Zusammengehens ist das Glück aller, der Verbände wie der Einzelmenschen. Es gilt darum, die Quellen des Streites zuzuschütten und seine Gesamthaltung zu gründen auf Gerechtigkeit und Liebe (Verneinung des Egoismus)."

Südafrika.

Freude herrscht unter den Katholiken Kaplands. Ihr Wochenblatt „The Southern Cross" (Kreuz des Südens) zählt in einem Rückblick auf das Jahr 1926 folgende Gewinne auf: Ein Sohn des Landes, der erste in dessen Geschichte wurde Bischof von Kapstadt, Msgr. B. O'Rily — Durchteilung der Pfarrer, Zunahme der Katholikenzahl, Anwachsen der Kommunionziffer. Eine Pfarre Wynberg, obwohl beträchtlich verkleinert, hatte z. B. die größte Weihnachtskommunionziffer seit Bestehen. Außerordentlich reich war das vergangene Jubiläumsjahr 1926 an Missionen, Exerzitien, Jubeläumstriduen, Konferenzreihen usw., gehalten durch Salesianer, Redemptoristen, Jesuiten. Die Pfarrvereine, deren Gründung dem Entstehen einer neuen Pfarrei auf dem Fuße folgt, lassen kaum etwas von der reichen Gliederung unseres Vereinslebens vermissen. Von der Camps-Bay bis nach Simonstown sieht das Blatt katholischen Fortschritt. Die Geistlichkeit schont sich keineswegs, und die Gläubigen lohnen dies durch recht aktive Mitarbeit.

Mexiko.

Eine priesterlose Diözese ist die D. Durango geworden. Der Militär-Befehlshaber von Durango zitierte die letzten 61 Priester der Diözese vor sich und verlangte unter Zusicherung von Belohnungen das schriftliche Versprechung der Trennung von Rom (soll heißen: Vom Papst!) Die Antwort: Treue dem Papst bis zum Tod! Folge: Deportation aller, auch der Schwerkranken, nach der Stadt Mexiko ins Militärgefängnis Santiago. Worin bestand nun ihr Verbrechen? Herr Calles versicherte in seiner Neujahrsbotschaft, in Mexiko gebe es keine religiöse Verfolgung? In Leon im Staate Guanajuato verhaftete man am Montag der 2. Januarwoche dieses Jahres, weil irgendwelche Aufständische die Stadt angegriffen, 5 junge Leute der Stadt, alle aus guter Familie und alle noch unter 20 Jahren. Alle hat man sie erschossen. Man tat es, obwohl sie bloß verdächtigt waren, obwohl sie ganz unbewaffnet gewesen und obwohl nicht der Schimmer eines Gerichtsurteils oder sonstigen Auftrages für die Exekution vorlag. Tun wir unrecht, wenn wir behaupten, daß ein so vorgehendes Regime sich außerhalb der Grenzen der Zivilisation stellt?

Msgr. Diaz, der Bischof von Tabasco, den die Mexikanische Regierung ohne Grund und Recht aus Mexiko verbannt hat, ist nach einem kurzen Aufenthalt in Guatamala am 1. Februar in Newyork angekommen.

Australien.

Der 5. Erdteil baut sich eine neue Hauptstadt: Canberra. Auch die Katholiken tuen mit. Am 30. Januar segnete der Erzbischof von Sidney den Grundstein zu einer dem hl. Christopherus geweihten Kirche und den Grundstein zu einer katholischen Schule. Gleichzeitig tat der Erzbischof von Melbourne dasselbe für ein neu zu errichtendes Kloster. Dr. Funke.

Fünftes Konzert des Musikvereins.

Münster, 12. Februar.

Über Schulz-Dornburgs Gesicht zog ein fröhliches Lächeln, als ein Teil des Publikums die Selbständigkeit seines Urteils nach dem Streichersatz von Ludwig Weber durch ganz energisches Zischen zum Ausdruck brachte. Diese in Münster ungewohnte und ein wenig unerwartete Abfälligkeitsäußerung galt nicht mal so sehr dem Weberschen Werk, sondern sie entsprang einer Unduldsamkeit, die schon vorher entstanden war bei dem „Morgenklangspiel" für großes Orchester von Ph. Jarnach. Jarnach spielt unter den neuen Komponisten eine gewisse Rolle. Bei diesem „Morgen-Klangspiel", bei dem man übrigens garnicht begreift, warum es nicht „Mitternachtklangspiel" genannt ist, ist der Subjektivismus des Komponisten zu einem katastrophalen Geräusch geraten. Die moderne Musik hat uns auch dort, wie sie klanglich nicht sofort anspricht, Gesunderes zu bieten als dieses „Klangspiel", das man bei weitem eher eine Loslösung vom Klang nennen dürfte. Die Poesie des Titels ist noch keine Kunst.

Nach diesem „über-morgenklangspiel" mußte die „Musik für Streicher in einem Satz", geschrieben von Ludwig Weber ungeduldige Hörer finden. Und doch ist Weber auch in diesem sehr lang geratenen Satz ein ganz außerordentlich feiner Künstler, der das Klingen seiner Seele wiederzugeben weiß, der in seinem Idealismus glaubt, daß man seinem inneren Klingen mit derselben inneren Bereitschaft gegenüberstände. Weber wird sich von diesem Irrtum überzeugt haben, aber er wird auch weiterhin an sich und an seine Musik für Streicher glauben, wie er auf das kommende Publikum hoffen wird. Nur Erfahrung kann diesen Komponisten des famosen Krippenspiels, das kürzlich in Münster zur Aufführung kam, davon überzeugen, daß Musik nicht nur inneres Hören, sondern auch formvolles Schenken an das Publikum sein muß, wenn die Musik überhaupt ihre ideale Aufgabe erfüllen soll. Aber Weber hat gegenüber Jarnach Thematik und Folgerichtigkeit und damit die Aufrichtigkeit sich selbst gegenüber.

Aber Schulz-Dornburg sammelte glühende Kohlen auf Webers Haupt und zischend versengten diese ihm die Freude am jungen Ruhm. Sinniger Weise hatte man an den Anfang des Programms zum Tode Theodor Groweris den Trauermarsch aus der D-Moll-Symphonie von Julius Otto Grimm gesetzt. Zwei in Münster unvergessene Tote wurden so in der Erinnerung noch einmal verbunden, die so oft gemeinsam wirkten in den Zeiten der alten Rathaussaal-Konzerte, zwei Gestalten, markant in der äußeren Erscheinung, die dem Publikum in Münster durch ihr musikalisches Schaffen unvergeßlich geworden sind.

Befürchtungen, die man aus dem ersten Teil des Konzertes [illegible] weiten Teil mit hinüber nahm, verwirklichten sich nicht.

Zunächst machte die große Öffentlichkeit zum ersten Mal die Bekanntschaft mit dem jungen münsterischen Pianisten Conrad Hansen der trotz seines jugendlichen Alters schon ein ganzer Künstler ist. Er spielte das Konzert für Klavier mit Orchester op. 47 von Hermann Unger mit einer so erstaunlichen inneren Reife, daß man fast vergaß, seiner Technik besonders zu gedenken. Solche Menschen wie Conrad Hansen sind prädestiniert. Ihr Können ist weniger Gelernthaben als Bestimmung. Hoffentlich geht die Entwicklung Hansens in einer künstlerisch geraden Linie weiter, denn wir leben in einer für Pianisten gefährlichen Zeit. Es wird wenig klaviermäßige Musik geschrieben, und das Wenige verlangt zuerst und immer wieder eine zu Liszt Zeiten noch angestaunte Technik als selbstverständliche Voraussetzung, die innere Kraft der Seele des schaffenden Künstlers aber als eigentliches Rüstzeug. Leicht verzichtet heute der Klavierspieler auf das letztere zugunsten eines effektvollen Auftretens beim Publikum durch prasselnde Oktavenläufe, durch Skalen und Akkordgeplätscher und Glissandogekreisch. Der Kraftmeier am Klavier erschlägt den Künstler. Der junge Hansen ist innerlich schon so gereift, daß er Mittel genug besitzt, dieser Gefahr zu begegnen. Das Werk von Unger war dem Publikum eine Erlösung. Anfangs unruhig und zerflatternd baut es sich zu einem sehr wirkungsvollen Kunstwerk auf, das in der engsten Verbindung zwischen Orchester- und Klaviersatz einen besonderen Reiz besitzt. Es wird noch interessieren, zu hören, daß der junge Künstler geborener Münsteraner ist, von hier kam er aber mit seinen Eltern früh nach Lippstadt, wo er seine Jugend verlebte. Sein pianistisches Talent wurde von seinem Lippstädter Klavierlehrer entdeckt, als der Zehnjährige zu ihm in die Schule kam. Er sorgte nach der ersten Ausbildung dafür, daß der junge Hansen zu Edwin Fischer in die Schule kam, der sich des jungen Menschen mit Liebe annahm und ihm eine sorgfältige Ausbildung zu teil werden ließ. Hansen wohnt jetzt mit seinen Eltern — sein Vater ist Sattlermeister — wieder in Münster.

Walter Braunsels beschloß das Konzert mit „Präludium und Fuge" für großes Orchester, op. 36. Braunsels ist der geniale Könner in der Komposition. Seine kontrapunktische Spannkraft erinnert an die geniale Spielerei Regers. Sind seine Themen auch nicht immer schön, so ist seine Verarbeitung doch originell und fesselnd bis zum Schluß. Mit diesen beiden Werken ließ sich auch das Publikum fesseln und man gab dem Künstler, was dem Künstler gebührt.

Rudolf Predeek.

75 Jahre „Onkel Toms Hütte".

(1852—1927.)

Von Hans Gäfgen.

Im Jahre 1927 sind 75 Jahre verflossen, seit dem Erscheinen eines Buches, das einen geradezu sensationellen Erfolg hatte: „Onkel Toms Hütte" von Harriet Elizabeth Beecher-Stowe. Wir alle kennen dieses ursprünglich in zwei Bänden in Boston herausgekommene Werk, das eine flammende Anklage gegen die damals noch weitverbreitete Sklaverei in Amerika darstellt; wir alle haben in unserer Jugend die Schicksale dieser unglücklichen, edlen Menschen erschütternd auf uns wirken lassen. Man hat die Verfasserin häufig gefragt, ob die Geschehnisse ihres Buches wahr seien: sie hat in den „Schlußbemerkungen", die sie den späteren Auflagen von „Onkel Toms Hütte" anschloß, darauf geantwortet und u. a. geschrieben: „Die einzelnen Ereignisse, welche die Erzählung bilden, sind in großer Ausdehnung authentisch, und viele derselben trugen sich entweder unter ihren Augen oder unter denen ihrer persönlichen Freunde zu. Sie oder ihre Freunde haben Charaktere beobachtet, welche fast allen denen gleichen, die hier eingeführt sind; viele ihrer Gespräche sind Wort für Wort so, wie sie selbst sie hörte oder sie ihr mitgeteilt wurden. Die Person Elizas und der ihr beigelegte Charakter sind Schilderungen aus dem Leben. Die unbestechliche Treue, Frömmigkeit und Redlichkeit Onkel Toms sind Eigenschaften, welche die Verfasserin mehr als einmal zu beobachten Gelegenheit hatte . . . Daß das tragische Schicksal Toms in der Wirklichkeit auch oft vorkam, kann durch lebende Zeugen im ganzen Lande bestätigt werden." Frau Beecher-Stowe wollte also keine Dichtung geben, sondern ungeschminkte Wahrheit; sie schrieb bewußt ein Tendenzbuch, ein Werk, das sich zum Ziele gesetzt hatte, auf die Befreiung der amerikanischen Sklaven mit allen Kräften hinzuarbeiten. Wie weit „Onkel Toms Hütte" dazu beigetragen hat, den unglücklichen Negern Lösung ihrer Fesseln und Banden zu bringen, läßt sich natürlich im einzelnen nicht feststellen; gewiß ist aber, daß durch das Buch weiteste Kreise in der ganzen Welt auf das Los der Schwarzen aufmerksam wurden, und so die Atmosphäre geschaffen wurde, aus der die heute zur Tatsache gewordene Abschaffung der Sklaverei notwendig resultieren mußte.

Wer war Harriet Beecher-Stowe? Eine am 14. Juni 1812 zu Litchfield (Connecticut) als Tochter des Pastors L. Beecher geborene amerikanische Schriftstellerin, die zunächst als Lehrerin tätig war, um, nachdem sie mit 24 Jahren die Gattin des Professors C. E. Stowe geworden war, sich der Schriftstellerei zu widmen. 1849 errang sie mit dem Buche „The Mayflower" ihren ersten großen Erfolg, um dann, als sie die in der „National era" zuerst veröffentlichten Skizzen über das Sklavenleben im Jahre 1852 unter dem Titel „Uncle Toms cabin" als Buch erscheinen ließ, mit einem Schlage zur Weltberühmtheit zu werden. Ein Jahr danach ließ sie den „Schlüssel" zu dem Werke, betitelt „Key to Uncle Toms cabin", nachfolgen, in dem sie ausführlich darlegte, daß ihre Schilderungen nicht ihrer dichterischen Phantasie entsprungen, sondern bis in Einzelheiten aus der Wirklichkeit geschöpft waren. Frau Beecher-Stowe hat dann in „A peepe into Uncle Toms cabin" eine für die Jugend bestimmte Ausgabe ihres Werkes geschaffen und den Stoff in „The christian slave" auch dramatisch behandelt. Die Verfasserin hat „Onkel Toms Hütte" noch eine Reihe weiterer Bücher folgen lassen, deren Erfolg nicht an den ihrer berühmten Arbeit heranreichte. Im Zusammenhang mit der Ende der sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts großes Aufsehen erregenden Byron-Frage ließ sie, als Antwort auf das die Lady Byron angreifende Buch der Gräfin Guiccioli, die „Wahre Geschichte von Lady Byrons Leben" erscheinen, ein auf vertraulichen Mitteilungen der Gattin des Dichters beruhendes Werk, das Byrons Andenken schmähte und Gegenäußerungen hervorrief, welche die Unrichtigkeit der Behauptungen von Frau Beecher-Stowe nachwiesen und ihrem Ruhm als Verfasserin von „Onkel Toms Hütte" starken Abbruch taten. Die seit 1864 in Hartford (Connecticut) Lebende gab dann von 1868 bis 1870 in Newyork das literarische Wochenblatt „Hearth and home" heraus. Als sie am 1. Juli 1896 starb, war ihr Name vergessen; „Onkel Toms Hütte" aber wird noch heute, vor allem von der Jugend, mit Eifer gelesen. Das nun 75jährige Buch hat nichts von seiner Frische eingebüßt und wird noch lange zu den Lieblingsbüchern der Mädchen und Knaben zählen.

[Kommerzienrat Hermann Huber †.] Nach langer, schwerer Krankheit starb in diesen Tagen der langjährige Leiter des Verlages Kösel u. Pustet, Kommerzienrat H. Huber. Der Verstorbene hat sich von frühester Jugend an dem verlegerischen Berufe gewidmet. Dem am 29. Juli 1883 Geborenen war der Vater viel zu früh gestorben. Die jugendlichen Söhne Paul Huber und Hermann Huber waren nun der Mutter wertvolle Stützen bei der Führung der bereits zu ansehnlichem Umfange herangewachsenen Buchdruckerei und Verlagsbuchhandlung Joseph Kösel in Kempten. Hermann Huber hatte eine gründliche und besonders nach der technischen Seite hin vertiefte Berufsausbildung genossen. So hatte er die Universität Leipzig besucht um neben philosophischen und nationalökonomischen Studien auch praktisch in dortigen Buchdruckerei- und Verlagsanstalten tätig zu sein. Darauf ging er noch auf längere Zeit nach London und Paris, um in Verlags- und Sortimentsbuchhandlungen Englands und Frankreichs sein geistiges Gesichtsfeld zu vergrößern und seine Sprachkenntnisse zu erweitern. Bereits seit 1911 ruhte dann nach dem Tode von Dr. Paul Huber die ganze Last des Gesamtbetriebes auf Hermann Huber allein. — Unter ihm und seiner verständnisinnigen Zusammenarbeit mit Professor Karl Muth stieg die Bedeutung des Verlages und seiner kulturell und religiös führenden Zeitschrift „Hochland" empor zu schöner Blüte. Seiner Organisationsgabe gelang es, im Jahre 1920 eine Anzahl bedeutender Unternehmungen, an deren Spitze der Verlag Friedrich Pustet in Regensburg stand, zu einer einheitlichen Verlags-Gesellschaft zu vereinigen: unter seiner Führung wurde im Sommer 1920 die Kommanditgesellschaft Joseph Kösel u. Friedrich Pustet gegründet, heute eines der größten Verlagsunternehmen nicht nur in Deutschland, sondern der ganzen Welt.

Amerikanische Sozialpolitik.

Die soziale Organisation. — Das Arbeitszeitproblem. — Arbeitgeber und Arbeiter. — Der Lohnkomplex. — Rationalisierung und Produktionspolitik.

It **Genf**, 10. Febr.

Das Internationale Arbeitsamt gibt soeben einen Bericht bekannt, der eine Reihe interessanter Beobachtungen über das Wirtschaftsleben der Vereinigten Staaten zusammenfaßt, die der stellvertretende Direktor des Arbeitsamtes, Sir Butler, auf seiner vor einigen Wochen beendeten Amerikareise machen konnte. Da Butler speziell das ziemlich unerforschte Gebiet der amerikanischen Sozialpolitik visierte — und als Leiter des Internationalen Arbeitsamtes fraglos qualifizierte Einblicke gewinnen konnte, darf eine Reihe seiner Feststellungen zweifelsfrei ein erhöhtes Interesse beanspruchen.

Wesentlich ist — nach der einigermaßen authentischen Orientierung Butlers — die bei einem so durchorganisierten Wirtschaftskomplex wie dem nordamerikanischen auffällige Tatsache, daß das Getriebe der amerikanischen Sozialverfassung im Ganzen ohne einheitliche Bundesgesetzgebung funktioniert. Nur wenige Staaten wie Massachusetts, Wisconsin und Newyork besitzen (nach europäischen Begriffen) hinreichende Arbeitsrechte und ausgebildete Arbeitsaufsichtssysteme. Im Süden ist beispielsweise die Arbeitsgesetzgebung nur ungemein schwach und unzureichend entwickelt. Natürliche Folge dieser diffusen Legislatur ist erklärlicherweise eine überraschend vielfältige Besonderung der Arbeitszeitregelung. In manchen Industrien (Bau-, Druckerei- und Bekleidungsindustrie) hat sich eine 44-Stundenwoche — in der Mehrzahl der übrigen Großindustrien dagegen eine 48-Stundenwoche herausgebildet. Daneben bestehen viele regionale Ausnahmezustände. So arbeitet die Textilindustrie Neu-Englands 48, die südliche Textilfabrikation dagegen 55—60 Wochenstunden. Bemerkenswert ist ferner, daß auch hier die Frauen in der Nachtschicht beschäftigt werden. Diesen realen Tatsachen gegenüber besteht allerdings eine starke, von der Federation du travail organisierte Bewegung zur generellen Minderung der Arbeitszeit. Als Zielpunkte werden dabei die „Fünftagewoche" und die von Ford, der Bau- und Buchdruckereiindustrie z. T. eingeführte 40 Stundenarbeit lebhaft diskutiert.

Die gleiche bunte Mannigfaltigkeit der Organisationsformen herrscht auch im Gebiete der industriellen „Vereinigungen". Gut organisiert sind im wesentlichen die Bau-, Elektrizitäts-, Buchdruckerei- und die Bekleidungsindustrie — schlecht und fragmentarisch hingegen die gewerkschaftlichen Bindungen in der Eisen-Stahl-, Konserven- und chemischen Industrie. Aber auch hier besteht der gleiche regionale Organisationsunterschied vom Norden zum Süden: so ist z. B. die nördliche Textilindustrie gewerkschaftlich sehr gut, die südliche umso schlechter organisiert. Ebenso beachtlich wie diese Diskrepanz ist die andere, daß die Gewerkschaften in einer Reihe von Industrien (z. B. der Bekleidungsindustrie von Chikago und Cleveland) nicht nur anerkannt, sondern als Mitarbeitsfaktor unterstützt werden — während sie in den schlecht organisierten Industrien einer ganz prägnanten Opposition begegnen, die keineswegs geneigt ist, die Gewerkschaftsfreiheit anzuerkennen. Als interessantes Symptom für die Eigenart der grundsätzlich also auch hier oft sehr akuten Gegnerschaft von Kapital und Arbeit wird aber festgestellt, daß beispielsweise die organisierte Textilarbeiterschaft in ihrem Kampfprogramm die Notwendigkeit der unbedingten Produktionsförderung unter Wahrung der Arbeiterrechte des Handarbeiters unbedingt respektiert.

Ein weiteres, für die Arbeitsverfassung der schlecht organisierten Industrien besonders typisches Faktum ist sodann die in den „Gewerkschaftsindustrien" weniger anzutreffende Ausbildung von Betriebsratsformen aller möglichen Art. Die meisten dieser Betriebsräte sind — was die mögliche, auch in Deutschland gelegentlich diskutierte Paradoxie zwischen betriebsmäßiger und gewerkschaftlicher Organisierung sehr interessant beleuchtet — Konkurrenzbildungen gegen die Gewerkschaftsfront und daher (wohl aus taktischen Gründen) mit Kranken- und Lebensversicherungssysteme und Beteiligungsrechten usw. verbunden, die dem Unternehmer gewisse sozialpolitische Funktionen übertragen. Einzelne dieser Neubildungen haben (besonders in großen Unternehmungen) eine gute Atmosphäre des Arbeitsfriedens geschaffen — aber im Ganzen wird die Lebensfähigkeit der Betriebsräte nicht sonderlich hoch eingeschätzt. Sie bestanden 1924 in rund 814 Betrieben für 1 177 037 Arbeitern, haben sich aber ausweislich einer späteren Erhebung seitdem eher vermindert als vermehrt.

Als dritte sozialpolitische Besonderheit hat sich endlich in den letzten Jahren eine gesteigerte, weil von den Unternehmern sehr geförderte, „Arbeitsverwaltung" herausgebildet: d. h. eine verstärkte, wissenschaftlich vorgehende Bemühung, die Relation von Betrieb und Arbeiter in all ihren Einzelheiten genau zu visieren. Hauptgrund dieser methodischen Erfassung des „Arbeiters im Betriebe" ist wohl der durch den Handarbeitermangel entstandene starke Betriebswechsel der Arbeiter zu besseren Arbeitsstätten, ein Wechsel der zuweilen eine Intensität von 2—300 Prozent im Jahre überschreitet und naturgemäß die Rentabilität des Unternehmens ungemein belastet. Die Erfolge, die durch derartige Bemühung um das Arbeiterproblem erzielt sein sollen, werden im Ganzen recht optimistisch beurteilt.

Aehnliche gute Erfolge scheint man auch in der Behandlung der anderen Konsequenz des verknappten Arbeitsmarktes — der Lohnsteigerung — gehabt zu haben. Nach Butler bekennen sich eine überraschend große Anzahl der Unternehmer zum Glauben „der hohen Löhne", da diese gleicherweise die technische Produktivität der Arbeiterschaft qualifiziere wie durch Stärkung der proletarischen Kaufkraft den Binnenmarkt belebe. Die Lohnhöhe gilt als sakrosankt. Ihre Minderung wird solange vermieden, wie es eben angeht. Allerdings gilt auch diese These und diese Praxis der hohen Löhne nur grundsätzlich. Es gibt Ausnahmen, große Ausnahmen. Dem beneidenswerten Wochenlohn eines organisierten Qualitätsarbeiters von 80 Dollar steht ein relativ geringer, um 20 Dollar pendelnder, Wochenhöchstlohn des Ungelernten gegenüber. Auffallend gering ist besonders der Textillohn — vor allem im Süden, wo Stundenfrauenlöhne von 30 Cts. und Frauenwochenlöhne von 8—15 Dollar keine allzugroße Seltenheit sind. Zu beachten ist ferner zu alledem, daß in 5 Staaten kein Unfallversicherungsgesetz besteht, daß der Arbeiter im Allgemeinen die Sozialkasten betr. Arbeitslosigkeit, Krankheit, Invalidität usw. selbst zu bestreiten hat. Bezüglich der in Europa so vielberedeten amerikanischen Rationalisierung endlich gibt der Butlersche Bericht wenig neue Auskünfte. Bemerkenswert ist hier lediglich, daß man vom Originalsystem Taylor im Großen und Ganzen abgekommen zu sein scheint und durchweg qualifizierte Methoden bevorzugt. Das mit Recht von Europa verabscheute System der „Chronometerarbeit", das so oft als Argument gegen Amerika angezogen wird, ist danach keineswegs Norm der inneren Betriebsverfassung. Amerika „hat" es also nicht nur, sondern ist auch in diesem Falle „besser", als man meint.



450-Jahrfeier der Universität Tübingen.

Eine der ältesten und berühmtesten Hochschulen, die Universität Tübingen, begeht in diesem Jahre die Feier ihres 450jährigen Bestehens. Unsere Abbildung zeigt den schönen Bau der Universitätsbibliothek.

Aus der Stadt.

Münster, 13. Februar.

⊙ **Tierpsychologische Beobachtungen.** Schon seit längerer Zeit hatte sich in Münster die Erkenntnis Bahn gebrochen, daß die Gründung eines Tierschutzvereins eine unaufschiebbare Notwendigkeit geworden sei. In weiten Kreisen der Bevölkerung hatte sich infolge zahlreicher Übergriffe in der Behandlung von Tieren ein starker Unwille bemerkbar gemacht, sodaß die Gründung eines solchen Vereins auch im Interesse des Ansehens der Stadt nur begrüßt werden konnte. Und daß die Anregungen zum Beitritt zu diesem Verein auf fruchtbaren Boden gefallen sind, beweist der Umstand, daß in den letzten drei Wochen über 200 Mitglieder gewonnen werden konnten. Um nun noch weitere Kreise für die Bestrebungen des Tierschutzvereins zu gewinnen, hatte letzterer für Freitag abend im Hörsaal 10 der Universität einen Vortrags-Werbeabend in die Wege geleitet, der überaus starken Besuch aufwies. Der Vorsitzende des Verbandes Westdeutscher Tierschutzvereine, Herr Westphal, beschäftigte seine Zuhörerschaft mit Darlegungen über „Denkende Tiere und tierpsychologische Beobachtungen". Das Streben der Tierschutzvereine gehe dahin, der Einstellung des Menschen zum Tiere eine andere Richtung zu geben. Ein untrüglicher Gradmesser für den Menschen sei dessen Art und Weise, Tiere zu behandeln. Man müsse allerdings bei der Tierbeobachtung besonders kritisch zu Werke gehen. Verfehlt sei es z. B. von Brehm, dem Hunde Barmherzigkeit zuzusprechen. Viele Handlungen der Tiere, die heute für uns keinen Sinn haben, werden als Instinkthandlungen bezeichnet. Als Beispiel führte der Redner eine Reihe von Beobachtungen an, die man tagtäglich namentlich bei den Haustieren, wie Hund und Katze machen kann. Erst wenn man in Münster in der Allgemeinheit von der Wichtigkeit des Tierschutzes überzeugt sei, würden die Verhältnisse der Tiere wieder erträglicher sein. Inder Aussprache wurde u. a. das heute noch vielfach selbst von Jägern geübte Aufstellen von sog. Tellereisen zum Fangen von Füchsen, Mardern usw. aufs schärfste gerügt, da das eine grausame Tierquälerei bedeute.

Eine neuartige Verkehrskarte von Deutschland.

Der „Münsterische Anzeiger" hat für seine Leser und Geschäftsfreunde eine Verkehrskarte von Deutschland erworben, deren Darstellung völlig neuartig ist. Es ist eine Wandkarte im Maßstab 1 : 1 500 000, Größe 84×110 Ztm. Sie reicht von Paris bis Warschau, von Kopenhagen bis weit über die südlichen Grenzen des Deutschen Reiches. Der Entwurf stammt von Professor Dr. Hermann Haak im Verlag Justus Perthes, Gotha.

Die Karte gibt ein übersichtliches, vollständiges Bild des gesamten deutschen Eisenbahnnetzes und der mitteleuropäischen Eisenbahnstrecken. Die Verkehrslinien selbst sind in Haupt-, Mittel- und Nebenbahnen deutlich gegliedert. Verkehrstechnisch wichtige Plätze, wie Eisenbahndirektionen, Knotenpunkte und Umsteigeplätze, sind besonders hervorgehoben. Die Endstationen auch von Zweigbahnen und Nebenlinien sind aufgenommen.

Die Anfangspunkte der Fluß-Schiffahrt und alle wichtigen Kanäle sind deutlich eingezeichnet. Das Flußnetz tritt durch Blaudruck hervor. Aus den Hafenorten strahlen rote Schiffahrtslinien mit Angabe von Ziel und Reisedauer aus.

Die Staatengrenzen sind in grüner Farbe aufgedruckt, alte und neue Grenzen dabei besonders hervorgehoben.

Die Art der Darstellung, die eine kartographisch genaue Wiedergabe in prachtvoller, plakatmäßiger Aufmachung ermöglicht, hat nicht ihresgleichen. Sie ist weder mit den unübersichtlichen Kursbuchkarten zu vergleichen, noch mit jenen geographischen Spezialkarten, die durch ihre mikroskopische Strichführung den praktischen Gebrauch in Geschäft und Leben hindern. Bei dieser neuen Verkehrskarte gibt es kein mühseliges Suchen mehr. „Finden und Lesen auf den ersten Blick" ist ihr charakteristisches Merkmal.

Es gibt keine bessere Bestätigung des Wertes und der Anerkennung, die diese Karte in kürzester Zeit sich errungen hat, als die Tatsache, daß bedeutende Firmen der Industrie und des Handels diese Karte erworben haben, daß weiterhin zahlreiche Behörden, wie z. B. die Deutsche Reichspost, umfangreiche Bestellungen aufgegeben haben.

Durch den „Münsterischen Anzeiger" bezogen kostet diese Karte nur 1 Mark (Ladenpreis 3,50 Mark). Bestellungen nehmen unsere Boten und Agenturen sowie die Geschäftsstellen des „Münsterischen Anzeigers" in Münster i. W., Prinzipalmarkt 13/14, und Rheine, Emsstraße 34 a, entgegen.

Versand unter Umschlag für 1,30 Mark an jede gewünschte Adresse nur durch die Hauptgeschäftsstelle Münster i. W., Prinzipalmarkt 13/14.

Aus der Provinz Westfalen.

△ **Everswinkel**, 12. Febr. (Verschiedenes.) Kommt da am vergangenen Donnerstag in später Abendstunde zu dem hiesigen Maurermeister Meyerhoff ein junger Mann und bittet um leihweise Überlassung seines Bollerwagens zwecks Abholung von Sachen seines vor einigen Wochen im Krankenhause verstorbenen Bruders. Dem Bittgesuche des Fremdlings nachkommend und durchaus nichts Böses ahnend, wurde ihm der Bollerwagen ausgehändigt. Am anderen Tage mußte der Besitzer feststellen, daß er einem raffinierten Gauner in die Hände gefallen war und sein Bollerwagen zwecks Fortschaffung von größerem Diebesgut, welches einem Bewohner aus dem benachbarten Alverskirchen entwendet war, Verwendung gefunden hatte. Von den Tätern fehlt bislang noch jede Spur. — Unter dem Rindviehbestande des Gutsbesitzers August Schoppmann, Versmer 8, ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen. Sperrbezirk bildet das verseuchte Gehöft.

○ **Ennsbetten**, 12. Febr. (Besitzwechsel.) Die frühere Bergmann-Beermannsche Fabrik ging nunmehr endgültig in den Besitz der Firma J. Schilgen über. Von der Belegschaft wird die Regelung freudig begrüßt, da sie schon über 1 Jahr ohne Arbeit ist. Man erwartet, daß die Fabrik bald wieder in Betrieb kommt.

◆ **Rheine**, 12. Febr. (Abschiedsfeier des Gesellenvereinspräses.) Zu Ehren des Gesellenvereinspräses, des nach Borken versetzten Pfarr-Dechanten Jos. Sievert, fand am Freitag abend ein Fackelzug statt, an dem sich die Mitglieder und Ehrenmitglieder des Gesellenvereins in überaus großer Zahl beteiligten. Der glänzend verlaufene Fackelzug dürfte dem scheidenden, beliebten Präses und der ganzen Bevölkerung von Rheine ein Zeichen sein, welch hoher Wertschätzung sich der Präses des Gesellenvereins, jetziger Pfarrdechant von Borken, erfreut. Um 8 Uhr ordnete sich der Zug am Gesellenhause. Unter Vorantritt von zwei Musikkapellen bewegte sich der Zug durch die auch beim Sommerfest des Gesellenvereins vom Festzug berührten Straßen, die sowohl in der Altstadt als auch in der Emsvorstadt von Tausenden von Zuschauern dicht umsäumt waren. Vor seiner Wohnung auf dem Kirchplatze bezeigte der Fackelzug dem scheidenden Präses eine glänzende Ovation. Der Männerchor des Gesellenvereins leitete diesen ein mit „Der Herr ist mein Hirte". Der Senior W. Leuvermann dankte dann in ergreifend markanter Ansprache dem scheidenden Präses für die Mühen und Arbeiten an der Kolpingsache, und am Gesellenverein Rheine im besonderen. Der Fackelzug möge ihm ein Beweis für die Treue und Anhänglichkeit sein, die in den Herzen der jungen und alten Kolpingsföhne gehegt werde. Mit dem Wunsche, daß der Scheidende in Borken noch manche Jahre ungestörten Glückes genießen möge, ließ er die Ansprache in ein dreifaches Hoch auf den Präses ausklingen. Sichtlich tief ergriffen und überrascht von der ihm dargebrachten Ovation, dankte der Präses in von warmer Liebe zur Kolpingsache getragenen Worten, die er nicht seiner Person zu Ehren, sondern zu Ehren der Kolpingsache und des Gesellenvereins dargebracht, gern entgegennahm. Als er vor zehn Jahren nach Rheine gekommen sei, habe er das Programm Adolf Kolpings zu seinem Programm gemacht und danach gearbeitet und gestrebt für die Ertüchtigung der Handwerkerjugend und für das gesamte Handwerk von Rheine überhaupt. Er versprach, sich auch in seinem neuen Wirkungskreise warm der Kolpingsache anzunehmen. Dabei dürfte er sicher den Gesellenverein Rheine als Muster und Vorbild hinstellen. Mit einem dreifachen Hoch auf den Gesellenverein Rheine, seine Ehrenmitglieder und Mitglieder, schloß er seine Ansprache. Der Männerchor des Gesellenvereins sang dann das Abschiedslied aus der Heimat. Vor dem freien Platz am Gesellenhause wurden die Fackeln verbrannt. Wie ein Treuschwur zur Sache Kolpings erscholl dann das Kolpingslied. Nach Beendigung des Fackelzuges versammelten sich die Fackelzugteilnehmer im großen Saale des Gesellenhauses zu einem gemütlichen Beisammensein, an dem auch Bürgermeister Schüttemeyer und das Mitglied des Schutzvorstandes, Regierungsrat Offenberg, teilnahmen. Bei musikalischer Unterhaltung verlebten die Kolpingsföhne noch einige gemütliche Stunden die mit dem Absingen des Kolpingsliedes ihren Abschluß fanden. Am Sonntag abend, 8 Uhr, ist im großen Saale des Gesellenhauses die offizielle Abschiedsfeier, die als Herrenabend gedacht ist. Gott segne das ehrbare Handwerk!

◆ **Bottrop**, 11. Febr. (Ein westfälischer Verkehrsverband ins Leben getreten.) Der Bezirksverkehrsverband für den südlichen Teil des Industrie- und Handelskammerbezirks Münster hatte die Vertreter der angeschlossenen Gemeinden, Verkehrsvereine und Industrieverbände zu einer sehr zahlreich besuchten Tagung in Bottrop versammelt. Zunächst wurde beschlossen, den Namen des Bezirksverbandes in „Westfälischer Verkehrsverband" umzuändern. Die Vorstandswahl ergab als Vorsitzenden Syndikus Dr. Jacobshagen, als Stellvertreter Landrat Dr. Huesker (Recklinghausen), Oberbürgermeister Zimmermann-Buer, Kaufmann Bieker-Gladbeck, Bergassessor Stein-Marl, dazu eine Anzahl Beisitzer. Als geschäftsführendes Vorstandsmitglied wurde stellv. Syndikus Hoppenhink gewählt. Aus dem von dem letzteren erstatteten Geschäftsbericht ist als Erfolg die Einlegung eines Nacht-Schnellzugspaares nach Berlin auf der Strecke Oberhausen—Gladbeck—Recklinghausen, weiter über Münster—Osnabrück sowie die Inbetriebnahme der Strecke Essen—Gladbeck zu verzeichnen. Zahlreiche andere Verkehrswünsche sind noch unerfüllt, insbesondere eine Durchführung des Nord-Südverkehrs nach dem Wuppertal und besseren Wochenendverkehr nach der deutschen Nordsee. Generaldirektor Arnold von den westlichen Kleinbahnen sprach dann über das Zusammenwirken der Straßenbahngesellschaften mit der Reichsbahn, die es noch an Verständnis für die Bedeutung der Straßenbahnen als Zubringerlinien für den Eisenbahnverkehr fehlen lasse. In einer weiteren Vorlage lehnte der Erste Beigeordnete des Ruhr-Siedlungsverbandes Oberregierungsrat Dr. Rappaport die Schaffung besonderer Autostraßen als nicht durch den Verkehr bedingt und zu kostspielig ab und empfahl die Anlegung guter breiter Straßen für den allgemeinen Verkehr als zweckentsprechend und erheblich billiger.

⊙ **Hamborn**, 12. Febr. (Folgenschwere Schlägerei.) Zwischen einem Obermeister und einem Walzmeister von den Vereinigten Stahlwerken kam es auf der Straße zu einer Schlägerei, bei der einer der Streitenden schwere Verletzungen davontrug und ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Der andere wurde leicht verletzt.

○ **Duisburg-Ruhrort**, 10. Febr. (Um ein Glas Bier totgeschlagen.) Der erwerbslose Matrose August Bogus forderte am 27. Juni 1926 von einem anderen Matrosen ein Glas Bier. Dieser, der ebenfalls erwerbslos war, lehnte ab. Auf der Straße stach Bogus den anderen Matrosen mit einem Messer in die Brust. Der Verletzte erlag den schweren Verletzungen schon nach wenigen Minuten. Das Duisburger Schwurgericht verurteilte den Messerhelden unter Verweigerung mildernder Umstände zu 8 Jahren Zuchthaus.

△ **Melle**, 12. Febr. (Großfeuer.) Am Freitag kam in den ersten Nachmittagsstunden auf dem Anwesen des Landwirts Stegmann in Niederholsten ein Schadenfeuer zum Ausbruch, das in den großen Stroh- und Heuvorräten reiche Nahrung fand und einen solchen Umfang annahm, daß die Feuerwehren der näheren und weiteren Umgebung zur Hilfe gerufen wurden. Das Wohnhaus und der größte Teil der Stallungen wurden ein Raub der Flammen. Vieh und Inventar sind zum größten Teil gerettet. Die Entstehungsursache wird auf Schadhaftigkeit des Schornsteins zurückgeführt. Der Schaden ist sehr groß.

Vermischtes.

♂ **Aufklärung eines dreifachen Mordes.** Berlin, 12. Febr. Unter dem dringenden Verdacht des dreifachen Mordes auf Schloß Hangwitz bei Namiest, dem der Domänendirektor Heinrich Till, seine Gattin und die Hausgehilfin zum Opfer fielen, wurde der „B. Z." zufolge der Gutssekretär Gust. Holtwick, der Forstbeamte Abach und seine zwei Töchter verhaftet.

* **Mit 25 000 RM. im Flugzeug geflüchtet.** Hannover, 12. Febr. Einem Angestellten des hiesigen Leihamtes ist es gelungen, sich durch Fälschungen zirka 25 000 RM. zu erschwindeln. Die Unterschlagungen wurden gestern entdeckt. Der Verbrecher hatte jedoch schon am 8. d. M. mittels Flugzeuges das Weite gesucht.

* ○ **Mord wegen einer Versicherungssumme.** Rostock, 11. Febr. Bei Blankensee in Mecklenburg wurde der 26jährige Knecht Karl Rohde tot aufgefunden. Rohde war im Dezember vorigen Jahres von seinem Arbeitgeber, dem Landwirt Krüger, durch den Blankenseer Agenten einer Berliner Versicherungsgesellschaft mit 50 000 Mark versichert worden. Die Ermittlungen der Kriminalpolizei ergaben, daß Rohde aller Wahrscheinlichkeit nach ermordet worden ist. Unmittelbar nach dem Tode Rohdes beantragte Krüger die Auszahlung der Versicherungssumme. Krüger sowohl wie der Versicherungsagent wurden unter Mordverdacht verhaftet.

* # **7 Bauarbeiter verunglückt.** Amsterdam, 11. Febr. Wie aus Heerlen berichtet wird, brach dort ein Baugerüst zusammen. Die darauf befindlichen 7 Bauarbeiter wurden schwer verletzt. 2 von ihnen starben kurz darauf.

Statistik der Schwerverbrechen in Preußen.

◆ **Berlin**, 11 Febr. Der Preußische Innenminister hat dem Landtag eine von diesem geforderte Nachweisung über die seit dem 1. Mai 1925 auf preußischem Gebiet begangenen Schwerverbrechen überreicht. Danach sind in der Zeit vom 1. Mai 1925 bis zum 31. Dezember 1926 in den 35 Regierungsbezirken insgesamt verübt worden: Morde 610, Totschläge 438, Raubüberfälle 2819, davon sind aufgeklärt: 522 Morde, 415 Totschläge, 1438 Raubüberfälle. In Prozenten beträgt die Aufklärungszahl der Morde 86 Prozent, der Totschläge 95 Prozent und der Raubüberfälle 51 Prozent. Die Gesamtaufklärungszahl beträgt 77 Prozent.

In Berlin (Stadt) wurden verübt: 106 Morde, 49 Totschläge. 514 Raubüberfälle. Die Gesamtaufklärungszahl beträgt hier 76 Prozent. Von den 106 Morden waren 60 Mordversuche. An zweiter Stelle steht Düsseldorf mit 62 Morden, 63 Totschlägen und 414 Raubüberfällen. Es folgen Oppeln mit 40 Morden, 21 Totschlägen und 193 Raubüberfällen (Aufklärungszahl 74 Prozent), Schleswig 34 Morde, 20 Totschläge und 140 Raubüberfälle (71 Prozent), Arnsberg 33 Morde, 37 Totschläge und 92 Raubüberfälle (74 Prozent), Magdeburg 29 Morde, 13 Totschläge und 51 Raubüberfälle (69 Prozent), Breslau 28 Morde, 14 Totschläge und 91 Raubüberfälle (75 Prozent), Potsdam 14 Morde, 18 Totschläge und 43 Raubüberfälle (78 Prozent), Köln 16 Morde, 14 Totschläge, 311 Raubüberfälle (75 Prozent). Für Königsberg lauten die Zahlen: 5 Morde, 10 Totschläge und 71 Raubüberfälle (86 Prozent), für Hannover 8 Morde, 1 Totschlag, 4 Raubüberfälle, hier beträgt die Aufklärungszahl 100 Prozent. Die geringste Aufklärungsziffer mit Ausnahme von Sigmaringen weist Schneidemühl mit 61 Prozent auf. Hier wurden verübt: 7 Morde, 4 Totschläge und 14 Raubüberfälle. Aufgeklärt wurden 6 Morde, 3 Totschläge und 3 Raubüberfälle.

Reise und Verkehr.

Palästina- und Ägypten-Reisen des Deutschen Vereins vom Heiligen Lande.

Wer in diesem Jahre eine Reise nach Palästina und Aegypten unternehmen will, der wende sich an den Deutschen Verein vom Heiligen Lande, der fünf billige Pilgerfahrten für 1927 ausschreibt. Viele deutsche Katholiken werden den sehnlichen Wunsch haben die Heiligen Stätten zu besuchen, insbesondere in diesem Jahre, wo sie zum ersten Male in Jerusalem einen deutschen hohen kirchlichen Würdenträger begrüßen können, in der Person des ersten Abtes der deutschen Dormitio-Abtei auf dem Sion. Im Vergleich zu den Pilgern anderer Nationen sind die deutschen Pilger im Heiligen Lande noch wenig vertreten. Die äußerst niedrigen Preise, die der Deutsche Verein vom Heiligen Lande für seine diesjährigen Fahrten errechnet hat, werden sicher manchen bewegen, an einer dieser Fahrten teilzunehmen. Auskunft erteilt das Generalsekretariat des Deutschen Vereins vom Heiligen Lande, Köln-Rhein, Mohrenstraße 18, Fernsprecher Nhld. 204.

Was aromatisch wirkt, wird stets Geheimnis bleiben
Und nur am Beispiel läßt es sich beschreiben;
Als allerbestes Beispiel unsrer Welten
Wird wohl Massary-Zigarette gelten,
Sie hat sich reich verdient ihr Duft-Diplom,
Ihr ganzes Wesen ist für uns Aroma.



Massary-Perle GOLD- u. PURPUR MUNDST. 4 ₰
Massary-Delft GOLD- u. TÜRKIS MUNDST. 5 ₰
Massary-Ritter GOLD- u. SEIDEN MUNDST 6 ₰

Urteilen Sie selbst!

Massary Zigarettenfabrik Aktiengesellschaft Berlin S. 42. Generalvertreter: Rudolf Fiedler, Bielefeld, Ravensbergerstraße 41. Fernsprecher 82.

Das sozialistische Agrarprogramm.

In der Vorkriegszeit kümmerten sich die Sozialisten grundsätzlich nicht um den Bauern. Es war sogar nach sozialistischer Ansicht ein Gebot der Parteidisziplin, dahin zu wirken, daß der Bauernstand in seiner wirtschaftlichen Lage mehr und mehr gedrückt werde, weil eine Hebung des Bauernstandes die Stärkung des Privateigentums bedeute und weil nur in einer Verelendung des Bauernstandes die Möglichkeit gegeben sei, diesen für den Sozialismus empfänglich zu machen. Erst bei der Revolution und in der Nachkriegszeit haben Sozialisten entdeckt, daß es ohne die Bauern nicht geht; sie stellten sich deshalb um, und entdeckten plötzlich ihr warmes Herz für den Bauernstand. Auf dem Heidelberger Parteitag 1925 beschloß man, zum nächsten Parteitag ein sozialistisches Agrarprogramm vorzulegen, dessen Entwurf vor einigen Wochen der Öffentlichkeit übergeben wurde. Dieser Entwurf zeigt das Liebeswerben der Sozialisten um die Seele der Bauern, denen im sozialistischen Staat der Himmel auf Erden versprochen wird. Manches von dem, was früher unverrückbares Axiom war, ist heute umgestoßen. Während bis vor kurzem die offiziellen Sozialisten der Ansicht waren, daß es in der Landwirtschaft genau so sei wie in der Industrie, nämlich, daß der Großbetrieb anzustreben und die Masse der kleinen Betriebe abzuschaffen wären, weil diese zu wirtschaftlichen und sozialen Rückständigkeiten zählen, ist es heute umgekehrt. Es heißt, daß der Kleinbetrieb in der Landwirtschaft die beste Betriebsgröße sei. Es sollen daher alle landwirtschaftlichen Betriebe über 750 Hektar und alle forstwirtschaftlichen Betriebe über 100 Hektar zugunsten des Staates enteignet werden. Das gelte aber nur für den Osten, während vom Westen und Süden nichts gesagt wird; scheinbar will man dort die Höchstgrenze herabsetzen. Hier liegt auch in diesem sozialistischen Agrarprogramm des Pudels Kern, in welchem die wahre Tendenz zum Ausdruck kommt. Vor dem Kriege wollte man den ganzen landwirtschaftlichen Besitz, also auch den gesamten bäuerlichen Besitz, zum Staatseigentum erklären. Im Antrag Müller-Franken, kurz nach der Revolution, sollte dies nur bei Betrieben über 750 Hektar geschehen. Heute läßt man bereits die Möglichkeit offen, auch den kleineren Besitz zu enteignen. In Wirklichkeit wollen die Sozialisten nach wie vor den gesamten landwirtschaftlichen Besitz, den großen und den kleinen, enteignen, da sie ja nur mit wurzellosen und unzufriedenen Existenzen zu ihren Zielen kommen. Sobald das Agrarprogramm die Fragen der Enteignung und des Eigentums behandelt, zeigt sich sofort die alte Todfeindschaft auch des modernen Sozialismus gegen den bodenständigen Bauernstand. Das Eigentum, jahrhundertelang erkämpft, ist das kostbarste Gut des deutschen Bauern. Jeder Angriff auf das Eigentum, ob er nun von den kalten oder von den heißen Sozialisten kommt, bedeutet für ihn Kampfansage, die um seine Seele geht. Bei allen Gelegenheiten auch in neuerer Zeit haben die Sozialisten in der Praxis bewiesen, wie sie über den Bauernstand in Wahrheit denken; auch heute noch erhoffen sie nur von der Verelendung der bäuerlichen Massen die Verwirklichung ihrer Blütenträume. Als kürzlich im Landtag zu Mecklenburg über die Erbpachtablösung abgestimmt wurde, die auch den Mecklenburger Bauernstand frei und unabhängig auf eigener Scholle machen soll, haben die Sozialisten geschlossen dagegen gestimmt und haben durch diese Abstimmung wie durch nichts anderes klarer gezeigt, wohin die Reise mit dem sozialistischen Agrarprogramm für den Bauernstand gehen würde. Insbesondere sollen die deutschen Bauern sich hüten vor falschen Propheten, die sie in Organisationen führen wollen, die mit dem Sozialismus liebäugeln.

Die Bauern haben sich in den deutschen Bauernvereinen zusammengeschlossen, auf deren Panier in Ablehnung des Klassenkampfgedankens und bei steter Verständigungsbereitschaft für den gerechten Ausgleich der verschiedenen Interessen der Stände die Freiheit und die Unabhängigkeit des bäuerlichen Berufsstandes mit unaustilgbaren Lettern steht. Die Unantastbarkeit des Eigentums ist das Stichwort und die Kampflosung der Bauernvereine, mit denen sie in treuer Wacht schirmend vor den deutschen Bauernhöfen stehen und im Interesse von Volk und Staat nicht dulden werden, daß heute oder morgen kalte oder heiße Sozialisten die Grundlagen des deutschen Bauernstandes, das Privateigentum an Grund und Boden erschüttern. dbc.

Der Reichswirtschaftsrat.

Beschlüsse des Verfassungsausschusses.

ϕ **Berlin, 12. Febr.** Der Verfassungsausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrates beendete gestern seine Beratungen über die Gesetzentwürfe betreffend den endgültigen Reichswirtschaftsrat. In fast allen wichtigen Fragen ist trotz der anfänglich vorhandenen Gegensätze eine Verständigung erzielt worden. Eine wichtige Rolle in den Verhandlungen spielte auch diesmal wieder die grundsätzliche Frage, ob die endgültige Gestaltung des Reichswirtschaftsrates unabhängig von der Frage des Unterbaues, also der Frage der Schaffung der Bezirks-Wirtschaftsräte und der Frage der Schaffung von Arbeitnehmer-Vertretungen in oder neben den bestehenden Handels-, Handwerks- und Landwirtschaftskammern gelöst werden kann. Man einigte sich in der zweiten Lesung gegen eine Stimme auf folgende Entschließung:

„Unter Hinweis auf die Vorarbeiten seines Verfassungsausschusses ersucht der Reichswirtschaftsrat die Reichsregierung, alsbald die Frage zu prüfen, auf welchem Wege die Lücken, die zurzeit noch in der Durchführung des Artikels 165 der Reichsverfassung bestehen, beseitigt werden können. Insbesondere wird vorgeschlagen, soweit nicht innerhalb der vorhandenen öffentlich-rechtlichen Berufsvertretungen das Zusammenwirken von Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Vertretungen sichergestellt wird, neben und in Verbindung mit ihnen öffentlich-rechtliche Organe vorzusehen, in denen Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Vertreter die gemeinsamen Fragen auf Grund gemeinsamer Beratung vom sachlich-regionalen Standpunkte behandeln. Der vorläufige Reichswirtschaftsrat erwartet, daß entsprechende Gesetzentwürfe dem endgültigen Reichswirtschaftsrat unverzüglich vorgelegt werden."

Im übrigen folgte der Ausschuß im großen und ganzen den Grundgedanken des auf den früheren Beschlüssen des Verfassungsausschusses aufgebauten Regierungsentwurfes. Insbesondere ist es dabei verblieben, daß der Reichswirtschaftsrat wie bisher oberstes Gutachter-Organ für die Reichsregierung und die gesetzgebenden Körperschaften bleiben und keine legislativen Rechte erhalten soll. Auch die Einrichtung der nicht ständigen Mitgliedschaft, die die Hinzuziehung der besten im Reiche vorhandenen Sachkenner ermöglichen soll, wurde ebenso wie Bestimmungen über das Enquêterecht des Reichswirtschaftsrats einmütig gutgeheißen. Die Zahl der Mitglieder soll nach den Beschlüssen des Verfassungsausschusses, der sich mit Recht die möglichste Beschränkung gegenüber den zahlreichen Wünschen der verschiedensten Interessenten auferlegte, 144 betragen. Es ist die Zahl, die sich schon, wenn auch in anderer Gliederung, bei den früheren Verhandlungen über den ersten Referentenentwurf ergeben hatte. Es entfallen davon je 48 auf jedes der drei Abteilungen.

In der Arbeitgeber-Abteilung sollen erhalten: die Landwirtschaft zwölf Vertreter, die Industrie zwölf Vertreter, das Handwerk sechs Vertreter, der Handel sieben Vertreter, die Banken und das Privatversicherungswesen fünf Vertreter, der Verkehr und die Fischerei sechs Vertreter. Die gleiche Gesamtzahl hat die Arbeitnehmer Abteilung. In der Abteilung 3 erscheinen die Kommunalvertreter mit zehn, die Vertreter der öffentlich-rechtlichen Versicherungs- und Kreditanstalten mit zusammen drei, die Vertreter der Konsumgenossenschaften und Hausfrauen mit zusammen fünf, die Vertreter des landwirtschaftlichen und gewerblichen Genossenschaftswesens mit zusammen vier, die Vertreter der Tagespresse mit zwei, die Vertreter der Beamtenschaft mit zwei, die Vertreter der freien Berufe mit drei. Vom Reichsrat waren neun Mitglieder und von der Reichsregierung ebenfalls neun Mitglieder, außerdem ein Vertreter des Auslandsdeutschtums vorgesehen.

Nachdem der Verfassungsausschuß nunmehr seine Arbeiten beendet hat, werden die Entwürfe voraussichtlich demnächst dem Reichsrat und sodann dem Reichstag zugehen.

Kirchliche Rundschau.

5 Jahre Papst.

Der Krönungstag des Papstes, den am 6. ds Mts. Rom und der Erdkreis gefeiert, legt einen Rückblick nahe auf das erste Lustrum eines Pontifikates, dessen große geschichtliche Bedeutung schon uns Miterlebenden nicht mehr verborgen bleibt. Auf den von Pius X., dem Reformer gelegten und von Benedikt XV., dem Politiker des Friedens, sorglich gehüteten Fundamenten erheben sich die Säulen und Pfeiler zum Aufbau einer kirchlichen Zeit von ausgeprägtem Eigencharakter. Christus, der König, tritt nachdrücklich in den Vordergrund. Hat noch ein Leo XIII. mehr Wert auf die Abgrenzung der Gewalt von Staat und Kirche und beider Selbständigkeit auf ihrem Eigengebiete betont, so verlangt der letzte Pius darüber hinaus vollständige Durchdringung alles öffentlichen und privaten Lebens mit dem Geist Jesu Christi. Der Staat selbst, dazu jeder Staatsbürger einzeln, ist Christo dienstpflichtig. Gesetzgebung, Rechtsprechung, Jugenderziehung verlangen Durchsäuerung mit den Grundsätzen Christi. Pius ist der größte Zertrümmerer des Laizismus. Er legt den Weg frei für die Erneuerung der Welt, die da geht über die Erneuerung des Einzelnen sowohl wie die gleichzeitige Neuverchristlichung des sozialen Gefüges.

Sein ganzes Handeln liegt in dieser Richtung, mag es nun die Ablehnung des Nationalismus in Frankreich und Italien, der Christenverfolgung in Mittelamerika — mag es nun die Aufrichtung und Festigung neuer Hierarchien in den Nachkriegsländern, mag es seine Sorge um den schismatischen Osten sein; oder mag sein Vertrauen auf Cristus sich äußern in der Aufrichtung der eingeborenen Hierarchien Afrikas und Asiens, deren Zweckmäßigkeit sich in unseren Tagen schon zu bestätigen scheint. Zweifellos! Dieser Papst ist ein Pontifex von nicht gewöhnlichem Ausmaß. Und schwer zu entscheiden ist, was bei ihm überwiegt: sein Weitblick für die großen Gelegenheiten und Notwendigkeiten oder seine Entschlossenheit, sie nicht zerrinnen zu lassen. Wir haben das Empfinden, daß Gott mit ihm ist. Ad multos annos.

Belgien.

Auf der um die Monatswende gewesenen sozialen Tagung katholischer Industrieeller sprach Erzbischof van Roey-Mecheln beherzigenswerte Worte: „. . . . Es gibt Klassen und verschieden gerichtete Interessen, die sich nie unterdrücken lassen. Darum widersprechen sie einander doch nicht und es kennt die Kirche keinen Klassenkampf; Ziel des Zusammengehens ist das Glück aller, der Verbände wie der Einzelmenschen. Es gilt darum, die Quellen des Streites zuzuschütten und seine Gesamthaltung zu gründen auf Gerechtigkeit und Liebe (Verneinung des Egoismus)."

Südafrika.

Freude herrscht unter den Katholiken Kaplands. Ihr Wochenblatt „The Southern Cross" (Kreuz des Südens) zählt in einem Rückblick auf das Jahr 1926 folgende Gewinne auf: Ein Sohn des Landes, der erste in dessen Geschichte wurde Bischof von Kapstadt, Msgr. B. O'Rily — Durchteilung der Pfarrer, Zunahme der Katholikenzahl, Anwachsen der Kommunionziffer. Eine Pfarre Wynberg, obwohl beträchtlich verkleinert, hatte z. B. die größte Weihnachtskommunionziffer seit Bestehen Außerordentlich reich war das vergangene Jubiläumsjahr 1926 an Missionen, Exerzitien, Jubeläumstriduen, Konferenzreihen usw., gehalten durch Salesianer, Redemptoristen, Jesuiten. Die Pfarrvereine, deren Gründung dem Entstehen einer neuen Pfarrei auf dem Fuße folgt, lassen kaum etwas von der reichen Gliederung unseres Vereinslebens vermissen. Von der Camps-Bay bis nach Simonstown sieht das Blatt katholischen Fortschritt. Die Geistlichkeit schont sich keineswegs, und die Gläubigen lohnen dies durch recht aktive Mitarbeit.

Mexiko.

Eine priesterlose Diözese ist die D. Durango geworden. Der Militär-Befehlshaber von Durango zitierte die letzten 61 Priester der Diözese vor sich und verlangte unter Zusicherung von Belohnungen das schriftliche Versprechung der Trennung von Rom (soll heißen: Vom Papst!) Die Antwort: Treue dem Papst bis zum Tod! Folge: Deportation aller, auch der Schwerkranken, nach der Stadt Mexiko ins Militärgefängnis Santiago. Worin bestand nun ihr Verbrechen? Herr Calles versicherte in seiner Neujahrsbotschaft, in Mexiko gebe es keine religiöse Verfolgung? In Leon im Staate Guanajuato verhaftete man am Montag der 2. Januarwoche dieses Jahres, weil irgendwelche Aufständische die Stadt angegriffen, 5 junge Leute der Stadt, alle aus guter Familie und alle noch unter 20 Jahren. Alle hat man sie erschossen. Man tat es, obwohl sie bloß verdächtigt waren, obwohl sie ganz unbewaffnet gewesen und obwohl nicht der Schimmer eines Gerichtsurteils oder sonstigen Auftrages für die Exekution vorlag. Tun wir unrecht, wenn wir behaupten, daß ein so vorgehendes Regime sich außerhalb der Grenzen der Zivilisation stellt?

Msgr. Diaz, der Bischof von Tabasco, den die Mexikanische Regierung ohne Grund und Recht aus Mexiko verbannt hat, ist nach einem kurzen Aufenthalt in Guatamala am 1. Februar in Newyork angekommen.

Australien.

Der 5. Erdteil baut sich eine neue Hauptstadt: Canberra. Auch die Katholiken tuen mit. Am 30. Januar segnete der Erzbischof von Sidney den Grundstein zu einer dem hl. Christopherus geweihten Kirche und den Grundstein zu einer katholischen Schule. Gleichzeitig tat der Erzbischof von Melbourne dasselbe für ein neu zu errichtendes Kloster. Dr. Funke.

Deutsches Reich.

Pontifikalamt in der St. Hedwigskirche.

w **Berlin, 12. Febr.** (Tel.) Aus Anlaß der Papstkrönung fand heute vormittag in der St. Hedwigskirche ein Pontifikalamt statt, dem u. a. Reichskanzler Dr. Marx, Reichsminister des Innern von Keudell, der preußische Wohlfahrtsminister Hirtsiefer und verschiedene Vertreter der Regierung, sowie das diplomatische Korps beiwohnten. Die Messe zelebrierte Nuntius Pacelli.

Parteivorstandssitzung der Demokraten und des Zentrums.

tu **Berlin, 12. Febr.** (Tel.) Im Reichstage trat heute nachmittag um 2 Uhr der demokratische Reichsparteivorstand zu einer Sitzung zusammen, um sich mit der politischen Lage und den Vorgängen der letzten Wochen zu beschäftigen.

Auch der Reichsparteivorstand des Zentrums hielt um 3 Uhr nachmittags eine Sitzung ab, zur Vorberatung der morgen stattfindenden Tagung des Reichspartei-Ausschusses.

Beamtenbeirat des Zentrums beim Finanzminister.

Berlin, 11. Febr. Der Reichsfinanzminister Dr. Köhler empfing am 11. Februar eine Abordnung des Reichsbeirates der Zentrumspartei, bestehend aus den Herren Allekotte, M. d. R., Baumhoff, M. d. L., und Lenz-Berlin. Die Unterredung erstreckte sich auf bedeutende Beamtenfragen, in denen der Reichsfinanzminister ein gewichtiges Wort mitzureden hat. Die vertrauensvolle Aussprache hinterließ bei der Abordnung den Eindruck, daß das Vertrauen, das die Beamtenschaft dem neuen Reichsminister entgegenbringt, vollauf berechtigt ist.

Die Gewerkschaften gegen die Vertrustung der deutschen Wirtschaft.

b **Berlin, 12. Febr.** (Tel.) Die Spitzenorganisationen der deutschen Gewerkschaften haben an Reichsregierung, Reichstag und Reichswirtschaftsrat, eine Eingabe gerichtet, in der sie gesetzgeberische Maßnahmen gegen die schädlichen Wirkungen der deutschen Wirtschaftsvertrustung fordern. Die Eingabe verlangt ferner, daß Arbeitnehmer an der Geschäftsleitung der Kartelle beteiligt werden. In Zukunft müsse die Trustentwicklung in der deutschen Wirtschaft von einem besonderen Kontrollamt, in dem Arbeitgeber und Arbeitnehmer paritätisch zusammenarbeiten sollen, beobachtet werden.

Haslinde kehrt in die preußische Verwaltung zurück.

‡ **Berlin, 11. Febr.** Wie der Reichsdienst der deutschen Presse hört, dürfte der bisherige Reichsernährungsminister Dr. Haslinde vermutlich wieder mit einem führenden Posten in der preußischen Verwaltung (Regierungspräsident oder Oberpräsident) betraut werden. Die Erwägungen hierüber sind allerdings noch nicht abgeschlossen, doch besteht größte Wahrscheinlichkeit, daß diese Erwägungen zu einem positiven Ergebnis führen, sodaß eine Uebernahme Dr. Haslindes in die Finnanzverwaltung (Landesfinanzamt) kaum in Frage kommen dürfte.

Wiederernennung der ausgeschiedenen Verwaltungsmitglieder der Reichsbahn.

tu **Berlin, 12. Febr.** (Tel.) Wie die Telegraphen-Union erfährt, hat der internationale Treuhänder der Deutschen Reichsbahn, Delacroix, soeben die drei von ihm zu ernennenden, durch Los aus dem Verwaltungsrat ausgeschiedenen Mitglieder des Verwaltungsrates der Deutschen Reichsbahn, Staatssekretär a. D. Bergmann, Exzellenz von Miller und den Belgier Sadot, wieder zu Mitgliedern ernannt, so daß nunmehr der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahn, nachdem die Reichsregierung die ausgeschiedenen Mitglieder wieder ernannt hat, in seiner bisherigen Zusammensetzung vollzählig geworden ist. Die Wiederernennung der drei wieder bestätigten Mitglieder, hat ziemlich lange auf sich warten lassen, was sich wohl aus der Abwesenheit insbesondere des Reparationsagenten, Parker Gilbert, erklärt. Die Wiederernennung der bisherigen Mitglieder wurde allgemein in Deutschland erwartet.

Politische Zusammenstöße in Berlin.

b **Berlin, 12. Febr.** Zu schweren Ausschreitungen kam es gestern abend in einer Versammlung der Nationalsozialistischen Freiheitspartei. Diese Versammlung war stark besucht von Kommunisten, die in der Versammlung ihren Unwillen durch laute Zwischenrufe kundgaben. Es kam zu Streitigkeiten, die alsbald in eine wüste Schlägerei ausarteten. Man ging mit Biergläsern und Stöcken aufeinander los, wobei es zahlreiche Verletzte gab. Die Polizei mußte eingreifen und den Saal mit den Gummiknüppeln räumen. Zwei der Verletzten wurden nach dem Krankenhaus gebracht. Nachdem die Polizei die Ruhe wiederhergestellt hatte, wurde die Versammlung fortgesetzt.

Eine kommunistische Anfrage im preußischen Landtag.

tu **Berlin, 11. Febr.** (Tel.) Im preußischen Landtag ist folgende kommunistische Kleine Anfrage eingegangen:

Am Gründonnerstag 1920 zog sich die damalige Rote Armee, morgens um 7 Uhr, von der Haltern-Lippe-Front zurück, in der Richtung Bochum-Recklinghausen. In Recklinghausen selbst war alles ruhig. In dieser Zeit hat der Polizeibeamte Strazack einen gewissen Markuse verhaftet, der angeblich zur Roten Armee gehörte. Um diesen Verhafteten in Sicherheit zu bringen, wurde Markuse in den Kellerräumen der Gebr. Waltenbauer untergebracht. Bewacht wurde Markuse von den Polizeibeamten Strazack und Störbrock. Genannter Waltenbauer ist dann amselben Tage in den Keller gekommen und hat Strazack aufgefordert, sofort nach oben zu kommen. Als Strazack eben im Begriff war, nach oben zu gehen, hat Waltenbauer mit der Pistole des Polizeibeamten Ueding, ohne daß ein Grund vorlag, Markuse erschossen. Die Anweisung zu dieser Erschießung soll Oberbürgermeister Hamm aus Recklinghausen gegeben haben. Soweit bekannt, findet augenblicklich durch die Oberstaatsanwaltschaft in Bochum eine Untersuchung statt. Die Untersuchung wird so geführt, daß die Täter ganz offenbar die Möglichkeit haben, den Tatbestand zu verdunkeln. Wir fragen: Was gedenkt die Staatsregierung zu tun, um eine einwandfreie Untersuchung dieser schweren Anklage gegen Waltenbauer und Oberbürgermeister Hamm zu gewährleisten?

Arbeitsgemeinschaft des deutschen Hausbesitzes.

‡ **Berlin, 11. Febr.** (Tel.) Die großen Organisationen und Vereinigungen des deutschen Hausbesitzes haben sich in diesen Tagen zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen. Dieser gehören an der Zentralverband deutscher Haus- und Grundbesitzer-Vereine E. V., als die anerkannte Vertretung des deutschen Hausbesitzes, der deutsche Verband für Hausbesitzer-Genossenschaften (Revisionsverband), die deutsche Baubank für Hypothekenschutz A.-G., und der Hovad-Versicherungs-Konzern.

Aus aller Welt.

Die belgischen Sozialisten für eine neue Abstimmung in Eupen-Malmedy.

tu **Brüssel, 11. Febr.** (Tel.) Das Parteiorgan der belgischen Sozialisten, das „Peuple", erklärt heute in einem Leitartikel, daß die Sozialisten bei nächster Gelegenheit die Frage einer neuen Volksabstimmung in Eupen-Malmedy im Parlament wieder zur Sprache bringen werden.

Entschließung des Finanzausschusses des französischen Senates betr. den Dawesplan.

w **Paris, 11. Febr.** Der Finanzausschuß des Senates beriet heute über den Bericht seines Generalberichterstatters betr. die Durchführung des Dawesplanes. Auf Vorschlag von Caillaux wurde folgende Entschließung angenommen: Es ist notwendig, die Kontrolle des Parlamentes über die Durchführung der Sachlieferungen sicher zu stellen, ferner darüber zu wachen, daß durch die Einfuhr deutscher Waren der französischen Industrie keine unlautere Konkurrenz bereitet wird, und zu bestimmen, daß keine öffentlichen Dienststellen Sachlieferungen nutzbar machen dürfen, ohne daß diese regelrecht über Einnahme und Ausgabe des Budgets gehen.

Nachgeben Chinas in der Zollfrage.

b **Berlin, 12. Febr.** (Tel.) Nach einer Morgenblättermeldung aus Peking hat die dortige Regierung die Entlassung des Generalinspektors Aglen zurückgenommen und ihm einen Urlaub von einem Jahre bewilligt. Zu seinem Stellvertreter wurde Edwards ernannt, der seinen Dienst am Freitag angetreten hat. Die Regierung hat ferner ihren, dem Generalinspektor erteilten Befehl zur Einziehung der Zusatzzölle zurückgezogen.

Fünftes Konzert des Musikvereins.

Münster, 12. Februar.

Über Schulz-Dornburgs Gesicht zog ein fröhliches Lächeln, als ein Teil des Publikums die Selbständigkeit seines Urteils nach dem Streichersatz von Ludwig Weber durch ganz energisches Zischen zum Ausdruck brachte. Diese in Münster ungewohnte und ein wenig unerwartete Abfälligkeitsäußerung galt nicht mal so sehr dem Weberschen Werk, sondern sie entsprang einer Unduldsamkeit, die schon vorher entstanden war bei dem „Morgenklangspiel" für großes Orchester von Ph. Jarnach. Jarnach spielt unter den neuen Komponisten eine gewisse Rolle. Bei diesem „Morgen-Klangspiel", bei dem man übrigens garnicht begreift, warum es nicht „Mitternachtklangspiel" genannt ist, ist der Subjektivismus des Komponisten zu einem katastrophalen Geräusch geraten. Die moderne Musik hat uns auch dort, wie sie klangtich nicht sofort anspricht, Gesunderes zu bieten als dieses „Klangspiel", das man bei weitem eher eine Loslösung vom Klang nennen dürfte. Die Poesie des Titels ist noch keine Kunst.

Nach diesem „über-morgenklangspiel" mußte die „Musik für Streicher in einem Satz", geschrieben von Ludwig Weber ungeduldige Hörer finden. Und doch ist Weber auch in diesem sehr lang geratenen Satz ein ganz außerordentlich feiner Künstler, der das Klingen seiner Seele wiederzugeben weiß, der in seinem Idealismus glaubt, daß man seinem inneren Klingen mit derselben inneren Bereitschaft gegenüberstände. Weber wird sich von diesem Irrtum überzeugt haben, aber er wird auch weiterhin an sich und an seine Musik für Streicher glauben, wie er auf das kommende Publikum hoffen wird. Nur Erfahrung kann diesen Komponisten des famosen Krippenspiels, das kürzlich in Münster zur Aufführung kam, davon überzeugen, daß Musik nicht nur inneres Hören, sondern auch formvolles Schenken an das Publikum sein muß, wenn die Musik überhaupt ihre ideale Aufgabe erfüllen soll. Aber Weber hat gegenüber Jarnach Thematik und Folgerichtigkeit und damit die Aufrichtigkeit sich selbst gegenüber.

Aber Schulz-Dornburg sammelte glühende Kohlen auf Webers Haupt und zischend versengten diese ihm die Freude am jungen Ruhm. Sinniger Weise hatte man an den Anfang des Programms zum Tode Theodor Grawerts den Trauermarsch aus der D-Moll-Symphonie von Julius Otto Grimm gesetzt. Zwei in Münster unvergessene Tote wurden so in der Erinnerung noch einmal verbunden, die so oft gemeinsam wirkten in den Zeiten der alten Rathaussaal-Konzerte, zwei Gestalten, markant in der äußeren Erscheinung, die dem Publikum in Münster durch ihr musikalisches Schaffen unvergeßlich geworden sind.

Die Befürchtungen, die man aus dem ersten Teil des Konzertes in den zweiten Teil mit hinüber nahm, verwirklichten sich nicht. Zunächst machte die große Öffentlichkeit zum ersten Mal die Bekanntschaft mit dem jungen münsterischen Pianisten Conrad Hansen der trotz seines jugendlichen Alters schon ein ganzer Künstler ist. Er spielte das Konzert für Klavier mit Orchester op. 47 von Hermann Unger mit einer so erstaunlichen inneren Reife, daß man fast vergaß, seiner Technik besonders zu gedenken. Solche Menschen wie Conrad Hansen sind prädestiniert. Ihr Können ist weniger Gelernthaben als Bestimmung. Hoffentlich geht die Entwicklung Hansens in einer künstlerisch geraden Linie weiter, denn wir leben in einer für Pianisten gefährlichen Zeit. Es wird wenig klaviermäßige Musik geschrieben, und das Wenige verlangt zuerst und immer wieder eine zu Liszt Zeiten noch angestaunte Technik als selbstverständliche Voraussetzung, die innere Kraft der Seele des schaffenden Künstlers aber als eigentliches Rüstzeug. Leicht verzichtet heute der Klavierspieler auf das letztere zugunsten eines effektvollen Auftretens beim Publikum durch prasselnde Oktavenläufe, durch Skalen und Akkordgeplätscher und Glissandogekreisch. Der Kraftmeier am Klavier erschlägt den Künstler. Der junge Hansen ist innerlich schon so gereift, daß er Mittel genug besitzt, dieser Gefahr zu begegnen. Das Werk von Unger war dem Publikum eine Erlösung. Anfangs unruhig und zerflatternd baut es sich zu einem sehr wirkungsvollen Kunstwerk auf, das in der engsten Verbindung zwischen Orchester- und Klaviersatz einen besonderen Reiz besitzt. Es wird noch interessieren, zu hören, daß der junge Künstler geborener Münsteraner ist, von hier kam er aber mit seinen Eltern früh nach Lippstadt, wo er seine Jugend verlebte. Sein pianistisches Talent wurde von seinem Lippstädter Klavierlehrer entdeckt, als der Zehnjährige zu ihm in die Schule kam. Er sorgte nach der ersten Ausbildung dafür, daß der junge Hansen zu Edwin Fischer in die Schule kam, der sich des jungen Menschen mit Liebe annahm und ihm eine sorgfältige Ausbildung zu teil werden ließ. Hansen wohnt jetzt mit seinen Eltern — sein Vater ist Sattlermeister — wieder in Münster.

Walter Braunsels beschloß das Konzert mit „Präludium und Fuge" für großes Orchester, op. 36. Braunsels ist der geniale Könner in der Komposition. Seine kontrapunktische Spannkraft erinnert an die geniale Spielerei Regers. Sind seine Themen auch nicht immer schön, so ist seine Verarbeitung doch originell und fesselnd bis zum Schluß. Mit diesen beiden Werken ließ sich auch das Publikum fesseln und man gab dem Künstler, was dem Künstler gebührt.

Rudolf Predeek.

75 Jahre „Onkel Toms Hütte".

(1852—1927.)

Von Hans Gäfgen.

Im Jahre 1927 sind 75 Jahre verflossen, seit dem Erscheinen eines Buches, das einen geradezu sensationellen Erfolg hatte: „Onkel Toms Hütte" von Harriet Elizabeth Beecher-Stowe. Wir alle kennen dieses ursprünglich in zwei Bänden in Boston herausgekommene Werk, das eine flammende Anklage gegen die damals noch weitverbreitete Sklaverei in Amerika darstellt; wir alle haben in unserer Jugend die Schicksale dieser unglücklichen, edlen Menschen erschütternd auf uns wirken lassen. Man hat die Verfasserin häufig gefragt, ob die Geschehnisse ihres Buches wahr seien: sie hat in den „Schlußbemerkungen", die sie den späteren Auflagen von „Onkel Toms Hütte" anschloß, darauf geantwortet und u. a. geschrieben: „Die einzelnen Ereignisse, welche die Erzählung bilden, sind in großer Ausdehnung authentisch, und viele derselben trugen sich entweder unter ihren Augen oder unter denen ihrer persönlichen Freunde zu. Sie oder ihre Freunde haben Charaktere beobachtet, welche fast allen denen gleichen, die hier eingeführt sind; viele ihrer Gespräche sind Wort für Wort so, wie sie selbst sie hörte oder sie ihr mitgeteilt wurden. Die Person Elizas und der ihr beigelegte Charakter sind Schilderungen aus dem Leben. Die unbestechliche Treue, Frömmigkeit und Redlichkeit Onkel Toms sind Eigenschaften, welche die Verfasserin mehr als einmal zu beobachten Gelegenheit hatte . . . Daß das tragische Schicksal Toms in der Wirklichkeit auch oft vorkam, kann durch lebende Zeugen im ganzen Lande bestätigt werden." Frau Beecher-Stowe wollte also keine Dichtung geben, sondern ungeschminkte Wahrheit; sie schrieb bewußt ein Tendenzbuch, ein Werk, das sich zum Ziele gesetzt hatte, auf die Befreiung der amerikanischen Sklaven mit allen Kräften hinzuarbeiten. Wie weit „Onkel Toms Hütte" dazu beigetragen hat, den unglücklichen Negern Lösung ihrer Fesseln und Banden zu bringen, läßt sich natürlich im einzelnen nicht feststellen; gewiß ist aber, daß durch das Buch weiteste Kreise in der ganzen Welt auf das Los der Schwarzen aufmerksam wurden, und so die Atmosphäre geschaffen wurde, aus der die heute zur Tatsache gewordene Abschaffung der Sklaverei notwendig resultieren mußte.

Wer war Harriet Beecher-Stowe? Eine am 14. Juni 1812 zu Litchfield (Connecticut) als Tochter des Pastors L. Beecher geborene amerikanische Schriftstellerin, die zunächst als Lehrerin tätig war, um, nachdem sie mit 24 Jahren die Gattin des Professors C. E. Stowe geworden war, sich der Schriftstellerei zu widmen. 1849 errang sie mit dem Buche „The Mayflower" ihren ersten großen Erfolg, um dann, als sie die in der „National era" zuerst veröffentlichten Skizzen über das Sklavenleben im Jahre 1852 unter dem Titel „Uncle Toms cabin" als Buch erscheinen ließ, mit einem Schlage zur Weltberühmtheit zu werden. Ein Jahr danach ließ sie den „Schlüssel" zu dem Werke, betitelt „Key to Uncle Toms cabin", nachfolgen, in dem sie ausführlich darlegte, daß ihre Schilderungen nicht ihrer dichterischen Phantasie entsprungen, sondern bis in Einzelheiten aus der Wirklichkeit geschöpft waren. Frau Beecher-Stowe hat dann in „A peepe into Uncle Toms cabin" eine für die Jugend bestimmte Ausgabe ihres Werkes geschaffen und den Stoff in „The christian slave" auch dramatisch behandelt. Die Verfasserin hat „Onkel Toms Hütte" noch eine Reihe weiterer Bücher folgen lassen, deren Erfolg nicht an den ihrer berühmten Arbeit heranreichte. Im Zusammenhang mit der Ende der sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts großes Aufsehen erregenden Byron-Frage ließ sie, als Antwort auf das die Lady Byron angreifende Buch der Gräfin Guiccioli, die „Wahre Geschichte von Lady Byrons Leben" erscheinen, ein auf vertraulichen Mitteilungen der Gattin des Dichters beruhendes Werk, das Byrons Andenken schmähte und Gegenäußerungen hervorrief, welche die Unrichtigkeit der Behauptungen von Frau Beecher-Stowe nachwiesen und ihrem Ruhm als Verfasserin von „Onkel Toms Hütte" starken Abbruch taten. Die seit 1864 in Hartford (Connecticut) Lebende gab dann von 1868 bis 1870 in Newyork das literarische Wochenblatt „Hearth and home" heraus. Als sie am 1. Juli 1896 starb, war ihr Name vergessen; „Onkel Toms Hütte" aber wird noch heute, vor allem von der Jugend, mit Eifer gelesen. Das nun 75jährige Buch hat nichts von seiner Frische eingebüßt und wird noch lange zu den Lieblingsbüchern der Mädchen und Knaben zählen.

[Kommerzienrat Hermann Huber †.] Nach langer, schwerer Krankheit starb in diesen Tagen der langjährige Leiter des Verlages Kösel u. Pustet, Kommerzienrat H. Huber. Der Verstorbene hat sich von frühester Jugend an dem verlegerischen Berufe gewidmet. Dem am 29. Juli 1883 Geborenen war der Vater viel zu früh gestorben. Die jugendlichen Söhne Paul Huber und Hermann Huber waren nun der Mutter wertvolle Stützen bei der Führung der bereits zu ansehnlichem Umfange herangewachsenen Buchdruckerei und Verlagsbuchhandlung Joseph Kösel in Kempten. Hermann Huber hatte eine gründliche und besonders nach der technischen Seite hin vertiefte Berufsausbildung genossen. So hatte er die Universität Leipzig besucht um neben philosophischen und nationalökonomischen Studien auch praktisch in dortigen Buchdruckerei- und Verlagsanstalten tätig zu sein. Darauf ging er noch auf längere Zeit nach London und Paris, um in Verlags- und Sortimentsbuchhandlungen Englands und Frankreichs sein geistiges Gesichtsfeld zu vergrößern und seine Sprachkenntnisse zu erweitern. Bereits seit 1911 ruhte dann nach dem Tode von Dr. Paul Huber die ganze Last des Gesamtbetriebes auf Hermann Huber allein. — Unter ihm und seiner verständnisinnigen Zusammenarbeit mit Professor Karl Muth stieg die Bedeutung des Verlages und seiner kulturell und religiös führenden Zeitschrift „Hochland" empor zu schöner Blüte. Seiner Organisationsgabe gelang es, im Jahre 1920 eine Anzahl bedeutender Unternehmungen, an deren Spitze der Verlag Friedrich Pustet in Regensburg stand, zu einer einheitlichen Verlags-Gesellschaft zu vereinigen: unter seiner Führung wurde im Sommer 1920 die Kommanditgesellschaft Joseph Kösel u. Friedrich Pustet gegründet, heute eines der größten Verlagsunternehmen nicht nur in Deutschland, sondern der ganzen Welt.

Amerikanische Sozialpolitik.

Die soziale Organisation. — Das Arbeitszeitproblem. — Arbeitgeber und Arbeiter. — Der Lohnkomplex. — Rationalisierung und Produktivität.

lt **Genf**, 10. Febr.

Das Internationale Arbeitsamt gibt soeben einen Bericht bekannt, der eine Reihe interessanter Beobachtungen über das Wirtschaftsleben der Vereinigten Staaten zusammenfaßt, die der stellvertretende Direktor des Arbeitsamtes, Sir Butler, auf seiner vor einigen Wochen beendeten Amerikareise machen konnte. Da Butler speziell das ziemlich unerforschte Gebiet der amerikanischen Sozialpolitik visierte — und als Leiter des Internationalen Arbeitsamtes fraglos qualifizierte Einblicke gewinnen konnte, darf eine Reihe seiner Feststellungen zweifelsfrei ein erhöhtes Interesse beanspruchen.

Wesentlich ist — nach der einigermaßen authentischen Orientierung Butlers — die bei einem so durchorganisierten Wirtschaftskomplex wie dem nordamerikanischen auffällige Tatsache, daß das Getriebe der amerikanischen Sozialverfassung im Ganzen ohne einheitliche Bundesgesetzgebung funktioniert. Nur wenige Staaten wie Massachusetts, Wisconsin und Newyork besitzen (nach europäischen Begriffen) hinreichende Arbeitsrechte und ausgebildete Arbeitsaufsichtssysteme. Im Süden ist beispielsweise die Arbeitsgesetzgebung nur ungemein schwach und unzureichend entwickelt. Natürliche Folge dieser diffusen Legislatur ist erklärlicherweise eine überraschend vielfältige Besonderung der Arbeitszeitregelung. In manchen Industrien (Bau-, Druckerei- und Bekleidungsindustrie) hat sich eine 44-Stundenwoche — in der Mehrzahl der übrigen Großindustrien dagegen eine 48-Stundenwoche herausgebildet. Daneben bestehen viele regionale Ausnahmezustände. So arbeitet die Textilindustrie Neu-Englands 48, die südliche Textilfabrikation dagegen 55—60 Wochenstunden. Bemerkenswert ist ferner, daß auch hier die Frauen in der Nachtschicht beschäftigt werden. Diesen realen Tatsachen gegenüber besteht allerdings eine starke, von der Fédération du travail organisierte Bewegung zur generellen Minderung der Arbeitszeit. Als Zielpunkte werden dabei die „Fünftagewoche" und die von Ford, der Bau- und Buchdruckereiindustrie z. T. eingeführte 40 Stundenarbeit lebhaft diskutiert.

Die gleiche bunte Mannigfaltigkeit der Organisationsformen herrscht auch im Gebiete der industriellen „Vereinigungen". Gut organisiert sind im wesentlichen die Bau-, Elektrizitäts-, Buchdruckerei- und die Bekleidungsindustrie — schlecht und fragmentarisch hingegen die gewerkschaftlichen Bindungen in der Eisen-, Stahl-, Konserven- und chemischen Industrie. Aber auch hier besteht der gleiche regionale Organisationsunterschied vom Norden zum Süden: so ist z. B. die nördliche Textilindustrie gewerkschaftlich sehr gut, die südliche umso schlechter organisiert. Ebenso beachtlich wie diese Diskrepanz ist die andere, daß die Gewerkschaften in einer Reihe von Industrien (z. B. der Bekleidungsindustrie von Chikago und Cleveland) nicht nur anerkannt, sondern als Mitarbeitsfaktor unterstützt werden — während sie in den schlecht organisierten Industrien einer ganz prägnanten Opposition begegnen, die keineswegs geneigt ist, die Gewerkschaftsfreiheit anzuerkennen. Als interessantes Symptom für die Eigenart der grundsätzlich also auch hier oft sehr akuten Gegnerschaft von Kapital und Arbeit wird aber festgestellt, daß beispielsweise die organisierte Textilarbeiterschaft in ihrem Kampfprogramm die Notwendigkeit der unbedingten Produktionsförderung unter Wahrung der Arbeiterrechte des Handarbeiters unbedingt respektiert.

Ein weiteres, für die Arbeitsverfassung der schlecht organisierten Industrien besonders typisches Faktum ist sodann die in den „Gewerkschaftsindustrien" weniger anzutreffende Ausbildung von Betriebsratsformen aller möglichen Art. Die meisten dieser Betriebsräte sind — was die mögliche, auch in Deutschland gelegentlich diskutierte Paradoxie zwischen betriebsmäßiger und gewerkschaftlicher Organisierung sehr interessant beleuchtet — Konkurrenzbildungen gegen die Gewerkschaftsfront und daher (wohl aus taktischen Gründen) mit Kranken- und Lebensversicherungssysteme und Beteiligungsrechten usw. verbunden, die dem Unternehmer gewisse sozialpolitische Funktionen übertragen. Einzelne dieser Neubildungen haben (besonders in großen Unternehmungen) eine gute Atmosphäre des Arbeitsfriedens geschaffen — aber im Ganzen wird die Lebensfähigkeit der Betriebsräte nicht sonderlich hoch eingeschätzt. Sie bestanden 1924 in rund 814 Betrieben für 1 177 037 Arbeitern, haben sich aber ausweislich einer späteren Erhebung seitdem eher vermindert als vermehrt.

Als dritte sozialpolitische Besonderheit hat sich endlich in den letzten Jahren eine gesteigerte, weil von den Unternehmern sehr geförderte, „Arbeitsverwaltung" herausgebildet: d. h. eine verstärkte, wissenschaftlich vorgehende Bemühung, die Relation von Betrieb und Arbeiter in all ihren Einzelheiten genau zu visieren. Hauptgrund dieser methodischen Erfassung des „Arbeiters im Betriebe" ist wohl der durch den Handarbeitermangel entstandene starke Betriebswechsel der Arbeiter zu besseren Arbeitsstätten, ein Wechsel der zuweilen eine Intensität von 2—300 Prozent im Jahre überschreitet und naturgemäß die Rentabilität des Unternehmens ungemein belastet. Die Erfolge, die durch derartige Bemühung um das Arbeiterproblem erzielt sein sollen, werden im Ganzen recht optimistisch beurteilt.

Aehnliche gute Erfolge scheint man auch in der Behandlung der anderen Konsequenz des verknappten Arbeitsmarktes — der Lohnsteigerung —, gehabt zu haben. Nach Butler bekennen sich eine überraschend große Anzahl der Unternehmer zum Glauben „der hohen Löhne", da diese gleicherweise die technische Produktivität der Arbeiterschaft qualifiziere wie durch Stärkung der proletarischen Kaufkraft den Binnenmarkt belebe. Die Lohnhöhe gilt als sakrosankt. Ihre Minderung wird solange vermieden, wie es eben angeht. Allerdings gilt auch diese These und diese Praxis der hohen Löhne nur grundsätzlich. Es gibt Ausnahmen, große Ausnahmen. Dem beneidenswerten Wochenlohn eines organisierten Qualitätsarbeiters von 80 Dollar steht ein relativ geringer, um 20 Dollar pendelnder, Wochenhöchstlohn des Ungelernten gegenüber. Auffallend gering ist besonders der Textillohn — vor allem im Süden, wo Stundenfrauenlöhne von 30 Cts. und Frauenwochenlöhne von 8—15 Dollar keine allzugroße Seltenheit sind. Zu beachten ist ferner zu alledem, daß in 5 Staaten kein Unfallversicherungsgesetz besteht, daß der Arbeiter im Allgemeinen die Sozialasten betr. Arbeitslosigkeit, Krankheit, Invalidität usw. selbst zu bestreiten hat. Bezüglich der in Europa so vielberedeten amerikanischen Rationalisierung endlich gibt der Butlersche Bericht wenig neue Auskünfte. Bemerkenswert ist hier lediglich, daß man vom Originalsystem Taylor im Großen und Ganzen abgekommen zu sein scheint und durchweg qualifizierte Methoden bevorzugt. Das mit Recht von Europa verabscheute System der „Chronometerarbeit", das so oft als Argument gegen Amerika angezogen wird, ist danach keineswegs Norm der inneren Betriebsverfassung. Amerika „hat" es also nicht nur, sondern ist auch in diesem Falle „besser", als man meint.



450-Jahrfeier der Universität Tübingen.

Eine der ältesten und berühmtesten Hochschulen, die Universität Tübingen, begeht in diesem Jahre die Feier ihres 450jährigen Bestehens. Unsere Abbildung zeigt den schönen Bau der Universitätsbibliothek.

Aus der Stadt.

Münster, 13. Februar.

⊙ **Tierpsychologische Beobachtungen.** Schon seit längerer Zeit hatte sich in Münster die Erkenntnis Bahn gebrochen, daß die Gründung eines Tierschutzvereins eine unaufschiebbare Notwendigkeit geworden sei. In weiten Kreisen der Bevölkerung hatte sich infolge zahlreicher Übergriffe in der Behandlung von Tieren ein starker Unwille bemerkbar gemacht, sodaß die Gründung eines solchen Vereins auch im Interesse des Ansehens der Stadt nur begrüßt werden konnte. Und daß die Anregungen zum Beitritt zu diesem Verein auf fruchtbaren Boden gefallen sind, beweist der Umstand, daß in den letzten drei Wochen über 200 Mitglieder gewonnen werden konnten. Um nun noch weitere Kreise für die Bestrebungen des Tierschutzvereins zu gewinnen, hatte letzterer für Freitag abend im Hörsaal 10 der Universität einen Vortrags-Werbeabend in die Wege geleitet, der überaus starken Besuch aufwies. Der Vorsitzende des Verbandes Westdeutscher Tierschutzvereine, Herr Westphal, beschäftigte seine Zuhörerschaft mit Darlegungen über „Denkende Tiere und tierpsychologische Beobachtungen". Das Streben der Tierschutzvereine gehe dahin, der Einstellung des Menschen zum Tiere eine andere Richtung zu geben. Ein untrüglicher Gradmesser für den Menschen sei dessen Art und Weise, Tiere zu behandeln. Man müsse allerdings bei der Tierbeobachtung besonders kritisch zu Werke gehen. Verfehlt sei es z. B. von Brehm, dem Hunde Barmherzigkeit zuzusprechen. Viele Handlungen der Tiere, die heute für uns keinen Sinn haben, werden als Instinkthandlungen bezeichnet. Als Beispiel führte der Redner eine Reihe von Beobachtungen an, die man tagtäglich namentlich bei den Haustieren, wie Hund und Katze machen kann. Erst wenn man in Münster in der Allgemeinheit von der Wichtigkeit des Tierschutzes überzeugt sei, würden die Verhältnisse der Tiere wieder erträglicher sein. Inder Aussprache wurde u. a. das heute noch vielfach selbst von Jägern geübte Aufstellen von sog. Tellereisen zum Fangen von Füchsen, Mardern usw. aufs schärfste gerügt, da das eine grausame Tierquälerei bedeute.

Eine neuartige Verkehrskarte von Deutschland.

Der „Münsterische Anzeiger" hat für seine Leser und Geschäftsfreunde eine Verkehrskarte von Deutschland erworben, deren Darstellung völlig neuartig ist. Es ist eine Wandkarte im Maßstab 1 : 1 500 000, Größe 84×110 Ztm. Sie reicht von Paris bis Warschau, von Kopenhagen bis weit über die südlichen Grenzen des Deutschen Reiches. Der Entwurf stammt von Professor Dr. Hermann Haak im Verlag Justus Perthes, Gotha.

Die Karte gibt ein übersichtliches, vollständiges Bild des gesamten deutschen Eisenbahnnetzes und der mitteleuropäischen Eisenbahnstrecken. Die Verkehrslinien selbst sind in Haupt-, Mittel- und Nebenbahnen deutlich gegliedert. Verkehrstechnisch wichtige Plätze, wie Eisenbahndirektionen, Knotenpunkte und Umsteigeplätze, sind besonders hervorgehoben. Die Endstationen auch von Zweigbahnen und Nebenlinien sind aufgenommen.

Die Anfangspunkte der Fluß-Schiffahrt und alle wichtigen Kanäle sind deutlich eingezeichnet. Das Flußnetz tritt durch Blaudruck hervor. Aus den Hafenorten strahlen rote Schiffahrtslinien mit Angabe von Ziel und Reisedauer aus.

Die Staatengrenzen sind in grüner Farbe aufgedruckt, alte und neue Grenzen dabei besonders hervorgehoben.

Die Art der Darstellung, die eine kartographisch genaue Wiedergabe in prachtvoller, plakatmäßiger Aufmachung ermöglicht, hat nicht ihresgleichen. Sie ist weder mit den unübersichtlichen Kursbuchkarten zu vergleichen, noch mit jenen geographischen Spezialkarten, die durch ihre mikroskopische Strichführung den praktischen Gebrauch in Geschäft und Leben hindern. Bei dieser neuen Verkehrskarte gibt es kein mühseliges Suchen mehr. „Finden und Lesen auf den ersten Blick" ist ihr charakteristisches Merkmal.

Es gibt keine bessere Bestätigung des Wertes und der Anerkennung, die diese Karte in kürzester Zeit sich errungen hat, als die Tatsache, daß bedeutende Firmen der Industrie und des Handels diese Karte erworben haben, daß weiterhin zahlreiche Behörden, wie z. B. die Deutsche Reichspost, umfangreiche Bestellungen aufgegeben haben.

Durch den „Münsterischen Anzeiger" bezogen kostet diese Karte nur 1 Mark (Ladenpreis 3,50 Mark). Bestellungen nehmen unsere Boten und Agenturen sowie die Geschäftsstellen des „Münsterischen Anzeigers" in Münster i. W., Prinzipalmarkt 13/14, und Rheine, Emsstraße 34 a, entgegen.

Versand unter Umschlag für 1,30 Mark an jede gewünschte Adresse nur durch die Hauptgeschäftsstelle Münster i. W., Prinzipalmarkt 13/14.

Aus der Provinz Westfalen.

△ **Coerdinkel**, 12. Febr. (Verschiedenes.) Kommt da am vergangenen Donnerstag in später Abendstunde zu dem hiesigen Maurermeister Meyerhoff ein junger Mann und bittet um leihweise Überlassung seines Bollerwagens zwecks Abholung von Sachen seines vor einigen Wochen im Krankenhause verstorbenen Bruders. Dem Bittgesuche des Fremdlings nachkommend und durchaus nichts Böses ahnend, wurde ihm der Bollerwagen ausgehändigt. Am anderen Tage mußte der Besitzer feststellen, daß er einem raffinierten Gauner in die Hände gefallen war und sein Bollerwagen zwecks Fortschaffung von größerem Diebesgut, welches einem Bewohner aus dem benachbarten Alverskirchen entwendet war, Verwendung gefunden hatte. Von den Tätern fehlt bislang noch jede Spur. — Unter dem Rindviehbestande des Gutsbesitzers August Schoppmann, Bersmer 8, ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen. Sperrbezirk bildet das verseuchte Gehöft.

○ **Emsbetten**, 12. Febr. (Besitzwechsel.) Die frühere Bergmann-Beermannsche Fabrik ging nunmehr endgültig in den Besitz der Firma J. Schilgen über. Von der Belegschaft wird die Regelung freudig begrüßt, da sie schon über 1 Jahr ohne Arbeit ist. Man erwartet, daß die Fabrik bald wieder in Betrieb kommt.

◆ **Rheine**, 12. Febr. (Abschiedsfeier des Gesellenvereinspräses.) Zu Ehren des Gesellenvereinspräses, des nach Borken versetzten Pfarr-Dechanten Jos. Sievert, fand am Freitag abend ein Fackelzug statt, an dem sich die Mitglieder und Ehrenmitglieder des Gesellenvereins in überaus großer Zahl beteiligten. Der glänzend verlaufene Fackelzug dürfte dem scheidenden, beliebten Präses und der ganzen Bevölkerung von Rheine ein Zeichen sein, welch hoher Wertschätzung sich der Präses des Gesellenvereins, jetziger Pfarrdechant von Borken, erfreut. Um 8 Uhr ordnete sich der Zug am Gesellenhause. Unter Vorantritt von zwei Musikkapellen bewegte sich der Zug durch die auch beim Sommerfest des Gesellenvereins vom Festzug berührten Straßen, die sowohl in der Altstadt als auch in der Emsvorstadt von Tausenden von Zuschauern dicht umsäumt waren. Vor seiner Wohnung auf dem Kirchplatze bezeigte der Fackelzug dem scheidenden Präses eine glänzende Ovation. Der Männerchor des Gesellenvereins leitete diesen ein mit „Der Herr ist mein Hirte". Der Senior W. Leuvermann dankte dann in ergreifend markanter Ansprache dem scheidenden Präses für die Mühen und Arbeiten an der Kolpingsache, und am Gesellenverein Rheine im besonderen. Der Fackelzug möge ihm ein Beweis für die Treue und Anhänglichkeit sein, die in den Herzen der jungen und alten Kolpingssöhne gehegt werde. Mit dem Wunsche, daß der Scheidende in Borken noch manche Jahre ungestörten Glückes genießen möge, ließ er die Ansprache in ein dreifaches Hoch auf den Präses ausklingen. Sichtlich tief ergriffen und überrascht von der ihm dargebrachten Ovation, dankte der Präses in von warmer Liebe zur Kolpingssache getragenen Worten, die er nicht seiner Person zu Ehren, sondern zu Ehren der Kolpingssache und des Gesellenvereins dargebracht, gern entgegennahm. Als er vor zehn Jahren nach Rheine gekommen sei, habe er das Programm Adolf Kolpings zu seinem Programm gemacht und danach gearbeitet und gestrebt für die Ertüchtigung der Handwerkerjugend und für das gesamte Handwerk von Rheine überhaupt. Er versprach, sich auch in seinem neuen Wirkungskreise warm der Kolpingsache anzunehmen. Dabei dürfte er sicher den Gesellenverein Rheine als Muster und Vorbild hinstellen. Mit einem dreifachen Hoch auf den Gesellenverein Rheine, seine Ehrenmitglieder und Mitglieder, schloß er seine Ansprache. Der Männerchor des Gesellenvereins sang dann das Abschiedslied aus der Heimat. Vor dem freien Platz am Gesellenhause wurden die Fackeln verbrannt. Wie ein Treuschwur zur Sache Kolpings erscholl dann das Kolpingslied. Nach Beendigung des Fackelzuges versammelten sich die Fackelzugteilnehmer im großen Saale des Gesellenhauses zu einem gemütlichen Beisammensein, an dem auch Bürgermeister Schüttemeyer und das Mitglied des Schutzvorstandes, Regierungsrat Offenberg, teilnahmen. Bei musikalischer Unterhaltung verlebten die Kolpingssöhne noch einige gemütliche Stunden die mit dem Absingen des Kolpingsliedes ihren Abschluß fanden. Am Sonntag abend, 8 Uhr, ist im großen Saale des Gesellenhauses die offizielle Abschiedsfeier, die als Herrenabend gedacht ist. Gott segne das ehrbare Handwerk!

◆ **Bottrop**, 11. Febr. (Ein westischer Verkehrsverband ins Leben getreten.) Der Bezirksverkehrsverband für den südlichen Teil des Industrie- und Handelskammerbezirks Münster hatte die Vertreter der angeschlossenen Gemeinden, Verkehrsvereine und Industrieverbände zu einer sehr zahlreich besuchten Tagung in Bottrop versammelt. Zunächst wurde beschlossen, den Namen des Bezirksverbandes in „Westischer Verkehrsverband" umzuändern. Die Vorstandswahl ergab als Vorsitzenden Syndikus Dr. Jacobshagen, als Stellvertreter Landrat Dr. Huester (Recklinghausen), Oberbürgermeister Zimmermann-Buer, Kaufmann Bieker-Gladbeck, Bergassessor Stein-Marl, dazu eine Anzahl Beisitzer. Als geschäftsführendes Vorstandsmitglied wurde stellv. Syndikus Hoppenhink gewählt. Aus dem von dem letzteren erstatteten Geschäftsbericht ist als Erfolg die Einlegung eines Nacht-Schnellzugspaares nach Berlin auf der Strecke Oberhausen—Gladbeck—Recklinghausen, weiter über Münster—Osnabrück sowie die Inbetriebnahme der Strecke Essen—Gladbeck zu verzeichnen. Zahlreiche andere Verkehrswünsche sind noch unerfüllt, insbesondere eine Durchführung des Nord-Südverkehrs nach dem Wuppertal und besseren Wochenendverkehr nach der deutschen Nordsee. Generaldirektor Arnold von den westlichen Kleinbahnen sprach dann über das Zusammenwirken der Straßenbahngesellschaften mit der Reichsbahn, die es noch an Verständnis für die Bedeutung der Straßenbahnen als Zubringerlinien für den Eisenbahnverkehr fehlen lasse. In einer weiteren Vorlage lehnte der Erste Beigeordnete des Ruhr-Siedlungsverbandes Oberregierungsrat Dr. Rappaport die Schaffung besonderer Autostraßen als nicht durch den Verkehr bedingt und zu kostspielig ab und empfahl die Anlegung guter breiter Straßen für den allgemeinen Verkehr als zweckentsprechend und erheblich billiger.

⊙ **Hamborn**, 12. Febr. (Folgenschwere Schlägerei.) Zwischen einem Obermeister und einem Walzmeister von den Vereinigten Stahlwerken kam es auf der Straße zu einer Schlägerei, bei der einer der Streitenden schwere Verletzungen davontrug und ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Der andere wurde leicht verletzt.

○ **Duisburg-Ruhrort**, 10. Febr. (Um ein Glas Bier totgeschlagen.) Der erwerbslose Matrose August Bogus forderte am 27. Juni 1926 von einem anderen Matrosen ein Glas Bier. Dieser, der ebenfalls erwerbslos war, lehnte ab. Auf der Straße stach Bogus den anderen Matrosen mit einem Messer in die Brust. Der Verletzte erlag den schweren Verletzungen schon nach wenigen Minuten. Das Duisburger Schwurgericht verurteilte den Messerhelden unter Verweigerung mildernder Umstände zu 8 Jahren Zuchthaus.

△ **Melle**, 12. Febr. (Großfeuer.) Am Freitag kam in den ersten Nachmittagsstunden auf dem Anwesen des Landwirts Stegmann in Niederholsten ein Schadenfeuer zum Ausbruch, das in den großen Stroh- und Heuvorräten reiche Nahrung fand und einen solchen Umfang annahm, daß die Feuerwehren der näheren und weiteren Umgebung zur Hilfe gerufen wurden. Das Wohnhaus und der größte Teil der Stallungen wurden ein Raub der Flammen. Vieh und Inventar sind zum größten Teil gerettet. Die Entstehungsursache wird auf Schadhaftigkeit des Schornsteins zurückgeführt. Der Schaden ist sehr groß.

Vermischtes.

* **Aufklärung eines dreifachen Mordes.** Berlin, 12. Febr. Unter dem dringenden Verdacht des dreifachen Mordes auf Schloß Hangwitz bei Namiest, dem der Domänendirektor Heinrich Till, seine Gattin und die Hausgehilfin zum Opfer fielen, wurde der „B. Z." zufolge der Gutssekretär Gust. Holtwick, der Forstbeamte Abach und seine zwei Töchter verhaftet.

* **Mit 25 000 RM. im Flugzeug geflüchtet.** Hannover, 12. Febr. Einem Angestellten des hiesigen Leihamtes ist es gelungen, sich durch Fälschungen zirka 25 000 RM. zu erschwindeln. Die Unterschlagungen wurden gestern entdeckt. Der Verbrecher hatte jedoch schon am 8. d. M. mittels Flugzeuges das Weite gesucht.

* ○ **Mord wegen einer Versicherungssumme.** Rostock, 11. Febr. Bei Blankensee in Mecklenburg wurde der 26jährige Knecht Karl Rohde tot aufgefunden. Rohde war im Dezember vorigen Jahres von seinem Arbeitgeber, dem Landwirt Krüger, durch den Blankenseer Agenten einer Berliner Versicherungsgesellschaft mit 50 000 Mark versichert worden. Die Ermittlungen der Kriminalpolizei ergaben, daß Rohde aller Wahrscheinlichkeit nach ermordet worden ist. Unmittelbar nach dem Tode Rohdes beantragte Krüger die Auszahlung der Versicherungssumme. Krüger sowohl wie der Versicherungsagent wurden unter Mordverdacht verhaftet.

* # **7 Bauarbeiter verunglückt.** Amsterdam, 11. Febr. Wie aus Heerlen berichtet wird, brach dort ein Baugerüst zusammen. Die darauf befindlichen 7 Bauarbeiter wurden schwer verletzt. 2 von ihnen starben kurz darauf.

Statistik der Schwerverbrechen in Preußen.

◆ **Berlin**, 11 Febr. Der Preußische Innenminister hat dem Landtag eine von diesem geforderte Nachweisung über die seit dem 1. Mai 1925 auf preußischem Gebiet begangenen Schwerverbrechen überreicht. Danach sind in der Zeit vom 1. Mai 1925 bis zum 31. Dezember 1926 in den 35 Regierungsbezirken insgesamt verübt worden: Morde 610, Totschläge 428, Raubüberfälle 2819, davon sind aufgeklärt: 522 Morde, 415 Totschläge, 1438 Raubüberfälle. In Prozenten beträgt die Aufklärungszahl der Morde 86 Prozent, der Totschläge 95 Prozent und der Raubüberfälle 51 Prozent. Die Gesamtaufklärungszahl beträgt 77 Prozent.

In Berlin (Stadt) wurden verübt: 106 Morde, 49 Totschläge. 514 Raubüberfälle. Die Gesamtaufklärungszahl beträgt hier 76 Prozent. Von den 106 Morden waren 60 Mordversuche. An zweiter Stelle steht Düsseldorf mit 62 Morden, 63 Totschlägen und 414 Raubüberfällen. Es folgen Oppeln mit 40 Morden, 21 Totschlägen und 193 Raubüberfällen (Aufklärungszahl 74 Prozent), Schleswig 34 Morde, 20 Totschläge und 140 Raubüberfälle (71 Prozent), Arnsberg 33 Morde, 37 Totschläge und 92 Raubüberfälle (74 Prozent), Magdeburg 29 Morde, 13 Totschläge und 51 Raubüberfälle (69 Prozent), Breslau 28 Morde, 14 Totschläge und 91 Raubüberfälle (75 Prozent), Potsdam 14 Morde, 18 Totschläge und 43 Raubüberfälle (78 Prozent), Köln 16 Morde, 14 Totschläge, 311 Raubüberfälle (75 Prozent). Für Königsberg lauten die Zahlen: 5 Morde, 10 Totschläge und 71 Raubüberfälle (86 Prozent), für Hannover 8 Morde, 1 Totschlag, 4 Raubüberfälle, hier beträgt die Aufklärungszahl 100 Prozent. Die geringste Aufklärungsziffer mit Ausnahme von Sigmaringen weist Schneidemühl mit 61 Prozent auf. Hier wurden verübt: 7 Morde, 4 Totschläge und 14 Raubüberfälle. Aufgeklärt wurden 6 Morde, 3 Totschläge und 3 Raubüberfälle.

Reise und Verkehr.

Palästina- und Ägypten-Reisen des Deutschen Vereins vom Heiligen Lande.

Wer in diesem Jahre eine Reise nach Palästina und Aegypten unternehmen will, der wende sich an den Deutschen Verein vom Heiligen Lande, der fünf billige Pilgerfahrten für 1927 ausschreibt. Viele deutsche Katholiken werden den sehnlichen Wunsch haben die Heiligen Stätten zu besuchen, insbesondere in diesem Jahre, wo sie zum ersten Male in Jerusalem einen deutschen hohen kirchlichen Würdenträger begrüßen können, in der Person des ersten Abtes der deutschen Dormitio-Abtei auf dem Sion. Im Vergleich zu den Pilgern anderer Nationen sind die deutschen Pilger im Heiligen Lande noch wenig vertreten. Die äußerst niedrigen Preise, die der Deutsche Verein vom Heiligen Lande für seine diesjährigen Fahrten errechnet hat, werden sicher manchen bewegen, an einer dieser Fahrten teilzunehmen. Auskunft erteilt das Generalsekretariat des Deutschen Vereins vom Heiligen Lande, Köln-Rhein, Mohrenstraße 18. Fernsprecher Rhld. 204.

Was aromatisch wirkt, wird stets Geheimnis bleiben
Und nur am Beispiel läßt es sich beschreiben;
Als allerbestes Beispiel unsrer Welten
Wird wohl Massary-Zigarette gelten,
Sie hat sich reich verdient ihr Duft-Diplom,
Ihr ganzes Wesen ist für uns Aroma.



Massary-Perle GOLD- u. PURPUR MUNDST. 4 ₰
Massary-Delft GOLD- u. TÜRKIS MUNDST 5 ₰
Massary-Ritter GOLD- u. SEIDEN MUNDST 6 ₰

Urteilen Sie selbst!

Massary Zigarettenfabrik Aktiengesellschaft Berlin S. 42. Generalvertreter: Rudolf Fiedler, Bielefeld, Ravensbergerstraße 41. Fernsprecher 82.

„Unsere Ehe" / „Gold Münk" / „Meinberg"

Statt Karten

Die Verlobung unserer Tochter Sophie mit dem Herrn Max Peukes beehren wir uns bekannt zu geben

Rendant
Gerh. Demes
und Frau
Johanna geb. Tenderich

Stadtlohn i. W.

Meine Verlobung mit Fräulein Sophie Demes zeige ich hiermit an

Max Peukes

Münster i. W. (Schillerstr 51)

den 13. Februar 1927

Meine Verlobung mit
Fräulein Martha Meyer
beehre ich mich anzuzeigen

Otto Schmidt
Apotheker

Münster i. W. Haspe i. W.
im Februar 1927

Meine leistungsfähige Möbelfabrik schafft

Verlobten

ein gemütliches Heim. Zwangloser Besuch meiner großen Musterläger erwünscht.

Zahlungserleichterungen

Möbelfabrik Rincklake

Rothenburg 14/16.

p1829m

Hausfrauen!

Durch günstigen Großeinkauf und niedrigste Geschäftsunkosten gewähre ich Ihnen beim Einkauf von

BETTEN

Bettfedern und Daunen sowie sämtl. Bettwaren

Vorteile

wie sie Ihnen von keiner Seite geboten werden. Überzeugen Sie sich hiervon durch unverbindliche Besichtigung meines Lagers.

Größte Auswahl in r8737i

Metallbetten, Auflagen und Matratzen

Erste Münsterische Dampfbettfederreinigung

M. Holthaus Wwe.

Telef. 4475 **Ludgeriplatz 5a** Telef. 4475

Anläßlich Ihrer

VERLOBUNG

empfehlen wir Ihnen, wie Ihren Verwandten und Bekannten, die Besichtigung unserer großen Läger Qualitätsmöbel

Rack & Korte
Fürstenberghaus
Alterssteinweg 16

Unsere Spezia-Abteilung schafft

VERLOBTEN

ein gemütliches preiswürdiges Heim. Fachmännische Beratung. Gardinen :: Teppiche und Dekorationen

Rack & Korte
Ludgerihaus
Ludgeristr. 88/90

1689x

Alleinvertretung für Münster

ist an solvente Firma unter günstigen Bedingungen zu übertragen. Geeignete Lagerräume müssen vorhanden sein. Anfragen erbeten an die

Neue Selterser Mineralquelle A.-G.
Stockhausen an der Lahn.

r8618r

Tanzlehrer Wr. Estinghausen

In der nächsten Woche beginnt ein Abendkursus für Kaufleute, Studierende, Beamte usw., wozu ich noch Meldungen annehme. Hier wird auch Black Bottom gelibt.

Einzelunterricht! Sprechzeit 12—3 Uhr. f671f

Ludgeristraße 91 Tel. 1564

Gesuche, Verkäufe, Gelegenheitskäufe

finden durch den

„Münst. Anzeiger" weiteste Verbreitung

Für 5 Pfg. ein Glas franz. Kognak!



das gab es früher einmal, aber für 5 Pfg. ein Glas Mellogna! der Jetzt ebenso gut schmeckt, können Sie sich auch heute noch leicht

selbstbereiten aus

der ausländischen Dr. Mellinghoffs

Mellognak-Essenz.

Rezept für 2½ Dr. Mellognak „a":
½ Ltr. Wasser, 1 Ltr. Weingeist und 1 F. Mellognak „a"-Essenz werden gemischt.

Und die gleiche einfache Art können Sie sich billig Ihre sämtlichen Liköre, Branntweine, Punsche usw. im Haushalt in ausgezeichneter Schönheit und mit dem feinen Charakter teurer bereiten. Dr. Mellinghoffs Essenzen sind erhältlich in Drogerien und Apotheken, wo nicht, verlange man Zusendung einer Originalflasche Mellognak „a" oder Likör-Essenz gegen Voreinsendung oder Nachnahme von 1.20 M franko. Ausführliches Rezeptbuch bezw. Auskunft von den ebenfalls Herstellern

Dr. Mellinghoff & Co., Essenzenfabrik, Duisburg D. 67



Kaufgelegenheiten im Februar

Wir helfen Ihnen Ihre Ausgaben mit Ihren Einnahmen in Einklang zu bringen durch unsere Februar-Angebote, die geeignet sind, Ihnen auch bei sparsamster Geldausgabe, wichtige Gegenstände, die man so braucht, zu beschaffen.

Für billige Preise bei besten Qualitätswaren haben wir gesorgt.



„Meta" starker Drell ausfestoniert mit Strumpfhaltern **3.25**

„Hella" Ia. Drell mit Doppelstangen und Gummiteilen für starke Damen **6.75**



„Ida" gute Drellqualität ausfestoniert m. Strumpfhaltern **2.10**

„Norma" haltbarer Drell mit Gummiteilen und Strumpfhaltern **1.45**

Korsetts Drell, ausfestoniert teils mit Haltern	2.10 1.35	**95**
Hüfthalter Drell, mit Haltern und Gummiteilen	1.75 1.45	**95**
Hüfthalter vorzügliche Drell-Qualität mit Haltern	3.25 2.45	**1.95**
Hüfthalter Satindrell und Broché vornehme Ausführung	7.75 6.30	**4.75**
Sportgürtel Drell, mit Haltern	1.25 95	**50**
Sportgürtel Broché und Kunstseide, 4 Halter	3.75 2.00	**1.80**
Büstenhalter Chiffon, teils Macco	1.35 95	**45**
Büstenhalter Trikot und Milanais	2.35 1.95	**1.20**
Kinder-Jäckchen weiß gestrickt, glatt u. gemustert	55 45	**35**
Kinder-Jäckchen weiß, mercerisiert	95 80	**68**
Kinder-Jäckchen weiß, mercerisiert, Jacquard und gemustert	1.45 1.25	**1.10**
Kinder-Garnituren = Jäckchen und Mütze	2.10 1.65	**1.45**
Kinder-Röckchen gestrickt	1.30 1.10	**85**
Kinder-Leibchen gestrickt	1.00 65	**45**
Kinder-Lätzchen in vielen Ausführungen	65 45	**25**
Kinder-Schühchen Wolle, teils Leder	1.05 95	**75**
Erstlings-Hemdchen Chiffon mit Bogen	45 38	**25**

ca 5000 Paar
Dam. Waschseiden Strümpfe
gute Qualität in allen Modefarben; besonders preiswert . . . . . Paar **1.10**

Kunstseiden
Dam. Strümpfe
waschbar in mod. Farben
Paar 1.30, 95 **75**

Seidenflor
Dam. Strümpfe
Doppelsohle und Hochferse schwarz und farbig
Paar 1.25, 75 **65**

Macco
Dam. Strümpfe
echt Macco und Macco imit.
Paar 95, 70 **60**

Waschseiden
Dam. Strümpfe
besonders gute Qual. moderne Farben
Paar 2.70, 2.30 **1.95**

Kinder-Strümpfe
reine Wolle, 1×1 gestrickt, schwarz, gute Qual.

Gr	10	9	8	7	6	5	4	3	2	1
Paar	1.50	1.40	1.30	1.20	1.10	1.00	88	78	68	58

KLUXEN
DAS FÜHRENDE KAUFHAUS



ZOO

Sonntag, den 13. Februar 1927
nachm. von 3½—6½ Uhr
Kaffee-Konzert
(Streichmusik)
Kein Preisaufschlag

abends 7½ Uhr f663y
Blomenkamps
A. Z. G.

ZOO Blomenkamps
3. Aufführung!
Sonntag, 13. Febr., abends 7½ Uhr
4. Aufführung!
Donnerstag, 17. Febr., abends 8 Uhr
5. Aufführung!
Sonntag, 20. Febr., abends 7½ Uhr.
Kartenvorverkauf in der Buchhandlung Greve, Drubbel 5, abends an der Kasse, soweit vorrätig r8699w
Abendgesellschaft des Zool. Gartens.

Konzert- und Kaffeehaus
St. Mauritz
F. W. Kuhlmann.
Am Sonntag, d. 13. Febr. 1927, von 3½ bis 6½ Uhr
Großes Konzert.
Schaphorn Jazz Kapelle.
Eintr. 30 Pf., Kind 15 Pf. inkl. Steuer.

LITERARISCHE GESELLSCHAFT MÜNSTER
(Aula des städt. Realgymnasiums)
Mittwoch, 16. Februar 1927
8¼ Uhr pünktlich h3069q
WERFEL-ABEND
Vortragende: HERTA DILSIZIAN
Karten für den Werfel-Abend zu 2 Mk. in der Kneerschen Musikalienhandlung, Prinzipalmarkt.

Kaffee-Haus „Koburg"
Inh. Josef Asselmann Telefon 4611
Sonntag, den 13. Februar
Großes Karnevalkonzert
Eintritt frei! Eint. ist frei!
Für die Fastnachtstage Saal noch frei.

Sonntag, den 13. Februar 1927



Fastnachts-Ball
im Gasthof
Wwe. Lasthaus
in Wolbeck.

Hof zur Geist.
(Th. Scheiper.)
Heute — Sonntag — Heute
großer
Maskenball



in sämtlichen Räumen ab 7,30 Uhr.
Der Männer-Gesang-Verein „Cäcilia Münster 1855".
Freunde und Gönner, herzlich Willkommen! Passive Mitglieder haben freien Zutritt.
Eintritt 1,50 RM. einschl. Steuer. m°

Kaffeehaus Demmer.
Sonntag, den 13. Februar
großes Kaffee-Konzert.
Eintritt frei! m° Eintritt frei!

Zahn-Praxis Ada Kruse
vorm. Frau M. Kruse
Alterssteinweg 26 I.
Sprechstd. 9—12, 3—6
s6857zü

Heirat!
Suche für m. Bruder, Gutsbesitzerssohn, kath., 38 Jahre, gebildet, große, statt. Erscheinung, 6000 Mark Barvermögen, die Bekanntschaft einer kath. Dame im Alter von 30 bis 40 Jahren zwecks späterer Heirat. Am liebst. Einheirat in Landwirtschaft, Wirtschaft od. ähnl. Branche. Evtl. Witwe ohne Kinder. Genaueres hat auch Lust, eine Wirtschaft zu pachten, und kommt dann nur Dame mit gleichem Barvermögen in Betracht. Diskretion wird verlangt und zugesichert. Nur ernstliche Reflektanten werden gebeten, Offerten mit Bild, das sofort zurückgest. wird, unter D E 2187 an die Geschäftsstelle bis. Bl. zu senden. m°3699

Aula d. städt. Realgymnasiums
(Konzertagentur Hack & Schlichting)
Donnerstag, den 17. Febr. 1927 abends 8 Uhr
2. Schüler-Konzert
Ausbildungsklasse der Schmidt-Bornemannschen Gesangschule
Arien-Abend
Die Oper von Gluck bis Wagner.
Karten im Vorverkauf Mk. 1,50 und 0.50 (Schülerkarten) im Musikhaus Hack & Schlichting f653q

Wer besucht regelmäßig:

Städt. Behörden?	Nahrungsmittelwerke?
Öffentl. Anstalten?	Brauereien?
Krankenhäuser?	Milchbetriebe?
Schlachthöfe?	Hotels in Kurorten?
Badeanstalten?	Gartenbaubetriebe?

Reisende, welche eine d. obigen Branchen regelmäßig besuch. u. gut eingeführt sind, können durch bequemen Hebenverkauf ein vielgefr. Begleitartikel von altbekannter Firma enormen Nebenverdienst erzielen, z. B. erhielt ein Reisender im vorigen Monat 200 Mk. Nebenverdienst! Nur wirklich erstklass., einflußreiche Herren wollen sich mit Angabe der besuchten Branchen und des Bezirkes melden unter **C. D. 8474** an die Geschäftsstelle d. Bl. h3699a

Groß-Bockbier Kappenfest
am 13. Februar, verbunden mit
Karnevalistisch. Konzert
Jubel und Trubel in allen Ecken.
Eintritt frei! Eintritt frei!
Theodor Nolte
Krummer-Timpen 29/30 f654a

Zu sofortiger Tätigkeit gegen hohe Provision suchen wir einen
Vertreter e8694q
zu praktischer Vorführung unserer „Stop-Bohrer" und „Stop-Dübel" geeignet und auch bei der gesamten Installations- u. elektrotechnischen Branche eingeführt. Eilofferten mit Altersangabe und bisheriger Beschäftigungsart erbeten. Nur branchekundige Herren werden berücksichtigt. Stop-Dübel A.-G. Berlin W. 30, Nollendorfplatz 6.

Schützenhof
Sonntag, den 13. Februar, nachm. 4—7 Uhr
Kaffeekonzert
Eintritt frei! Eintritt frei!
Auch Nichtmitglieder des Allgem. Bürger-Schützen-Korps haben freien Zutritt. r8695e

Helau! Helau!



Eisenbahner-Kriegsteilnehmer-Verein Münster.
Zu unserem am Sonntag, den 13. ds. Mts. in den Gesellschaftsräumen der Halle Münsterland stattfindenden
karnevalistischen Winterfest



laden wir unsere Mitglieder und deren Angehörige freundlichst ein.
Freunde und Bekannte können eingeführt werden. Kostümierung erwünscht. Beginn 8,11 abends.
m° Der Festausschuß.